

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5gespaltene Zeitspalte oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinskonzessionen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Morgen Wie man Abrüsten konjugiert.

Sophismen.

* Leipzig, 19. September.

Vor einigen Tagen hat Wolfgang Heine, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Berlin III., ein Schriftchen: Wählen oder Nichtwählen? veröffentlicht, worin er für die Beteiligung der sozialdemokratischen Urwähler an den preussischen Landtagswahlen eintritt. Der ruhige und sachliche Ton, den Heine anspricht, ist durchaus anzuerkennen, und wir wollen ihn deshalb auch nicht schikanieren mit dem verdächtigen Lob, das seine Arbeit in der bürgerlichen Presse gefunden hat. Was wir ihm und uns aber nicht ersparen können, das ist eine klare Auseinandersetzung über gewisse Sophismen, die ihm untergelaufen sind und die nach unserer Auffassung der Partei den schwersten Schaden zufügen müßten, wenn sie sich je in ihr einbürgern sollten.

Heine beginnt mit dem Nachweise, daß die Reaktion im deutschen Reich bestrebt sei, den Reichstag dadurch lahm zu legen, daß sie ihm eine wichtige Materie der positiven Gesetzgebung nach der anderen entziehe und den Landtagen überweise. Er sieht die Zeit voraus, wo den Erwählten des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts schließlich nicht viel mehr übrig bleibe, als ein unfruchtbares Gezänk mit der Regierung über Militärbewilligungen, womit das Interesse an den Reichstagsverhandlungen mehr und mehr erlösche und die Rede ganz geschlossen werden könne. Damit wäre ein herrlicher Zustand für Bureaokraten und Junker, für Ausbeuter und Rückwärtsler aller Art geschaffen, die Agitatoren würden mittels Umsturzgesetzen eingekerkert und verbannt, und das Volk könnte verdummt und ausgepowert und zum Skludum herabgedrückt werden.

Es würde uns hier zu weit führen, die grenzenlose Uebertreibung in dieser historischen Perspektive Heines nachzuweisen; wäre der Reichstag so leicht durch die Landtage lahm zu legen, wie Heine meint, so wäre es längst geschehen, so würden die Scharfmacher aller Art sich nicht so verzweifelt den Kopf zerbrechen, wie denn das allgemeine Wahlrecht umgebracht werden könne. Nehmen wir einmal an, Heine hätte recht — wie will er nun diese verhängnisvolle Entwicklung aufhalten? Dadurch, daß die sozialdemokratischen Urwähler sich an den preussischen Landtagswahlen beteiligen, und da sie auch nach Heines Ansicht aus eigener

Kraft kein Mandat erringen können, für die freisinnigen, ultramontanen und auch nationalliberalen Kandidaten stimmen sollen. Nun fragen wir einfach: Wer hat die Militärdebatten des Reichstags zu einem „unfruchtbareren Gezänk“ gemacht, wer hat das Interesse des Volks an den Reichstagsverhandlungen mehr und mehr erstickt und das Haus der Volksvertretung zu einer „Bude“ gemacht, in der geprügelt und geschächert wird? Die Antwort liegt auf der Hand: bald die nationalliberale, bald die freisinnige, bald die ultramontane, bald alle diese bürgerlichen Parteien zusammengenommen. Und jetzt will Heine diesen dreißigjährigen Verfall dadurch aufhalten, daß sich die einzige Partei, die allemal eine ehrliche, konsequente und tapfere Politik getrieben hat, bei den Landtagswahlen von der freisinnigen, ultramontanen und nationalliberalen Partei ins Schlepptau nehmen läßt! Wenn das kein Sophisma ist, so müßten wir mal eins sehen.

Heine begründet seine Ansicht aber auch durch den historischen Materialismus und sagt etwa: „Vertraue man nicht darauf, daß die historische Entwicklung doch zum proletarischen Sozialismus führe, nichts ist in der Politik gefährlicher, als solcher Optimismus. Lassen wir uns nicht von der Gewißheit einlullen, daß das Bürgertum die absterbende, das Proletariat die aufsteigende Klasse sei; den deutschen Arbeitern kann es heute noch gehen, wie den deutschen Bauern des 16. Jahrhunderts, die gleichfalls nach oben strebten, und doch von den verkommenen Ritters und Pfaffen so unterworfen wurden, daß sie sich jetzt noch nicht völlig davon erholt haben. Die Geschichte macht keine Sprünge, und die deutsche Bourgeoisie ist politisch keineswegs abgewirtschaftet. Nur Blindheit kann verkennen, daß in der freisinnigen Volkspartei ganz erhebliche Verschiebungen in der Richtung des politischen Radikalismus vor sich gehen. Wenn aber etwas die radikale Entwicklung der freisinnigen Partei aufzuhalten geeignet ist, dann ist es eine ablehnende Haltung der Sozialdemokratie zur Landtagswahlbeteiligung.“

Diese ganze Argumentation Heines ist an und für sich nicht neu. Namentlich den Leipziger Arbeitern ist sie schon einmal ziemlich mit denselben Worten und genau in demselben Sinne vorgetragen worden: nämlich im Frühjahr 1893, als Männer, wie Hofmähler und Streckfuß, damit das Leipziger Centralkomitee verhindern wollten, dassalles Offenes Antwortschreiben als Programm anzunehmen. Lassalle meinte damals, auch wenn man ganze geologische Erdperioden darauf warte, werde sich die liberale Bourgeoisie in Deutschland doch niemals zu einer entschlossenen und thatkräftigen Volkspartei entwickeln, und 35 Jahre hindurch hat jeder

Tag seine Prophezeiung bestätigt. Aber Heine meint offenbar, daß 35 Jahre noch lange keine geologische Erdperiode sind, was ja auch unzweifelhaft richtig ist, und so will er noch länger warten. Neu ist nur, daß Heine sich für seine historische Auffassung auf Marx und Engels, auf den historischen Materialismus und das kommunistische Manifest beruft. Da müssen wir doch offen als unsere unmaßgebliche Meinung bekennen, daß wer die Erhebung der Bauern im 16. Jahrhundert ohne Vorbehalt mit dem Emanzipationskampfe des modernen Proletariats im 19. Jahrhundert vergleicht und sich dafür auf Marx und Engels, auf den historischen Materialismus und das kommunistische Manifest beruft, von alledem so viel weiß, wie der Blinde von der Farbe.

Es liegt uns durchaus fern, alle Freunde der Wahlbeteiligung auf Heines Beweisführung festzunageln. Obgleich wir zu den Gegnern der Wahlbeteiligung gehören, so erkennen wir doch an, daß sie sich noch mit ganz anderen Gründen verteidigen läßt, als Heine vorträgt. Was uns veranlaßt, einige Streiflichter auf sein Schriftchen zu werfen, sind eben die Sophismen Heines, die sozusagen die ganze Geschichte der Partei als einen einzigen großen Irrtum hinstellen. Wenn sich innerhalb der Partei dagegen noch kein Widerspruch erhoben hat, so können wir uns diese auffallende Erscheinung nur aus dem Wunsche erklären, jedem inneren Zwiste aus dem Wege zu gehen, in einem Augenblicke, wo der Partei die schwersten Angriffe von außen bevorstehen. Das Gewicht dieses Grundes ist klar, doch heißt es noch lange keinen inneren Zwist erregen, wenn den Ansichten, die Heine öffentlich ausgesprochen hat, ebenso öffentlich widersprochen wird. Stände es so, daß die Anschauungen Heines nicht mehr bekämpft werden könnten, ohne einen tiefen Riß in der Partei hervorzurufen, so wäre die Partei sehr schlecht gerüstet für die Kämpfe, die ihr bevorstehen.

Denn siegreich bestehen kann die Partei diese Kämpfe nur durch ihren „revolutionären Charakter“, der deshalb nicht weniger der Inbegriff einer glorreichen und großen Geschichte von bald vier Jahrzehnten bleibt, weil Heine über dies „gute, alte, unentbehrliche Parteischlagwort“ sich zu späteln erlaubt. Vielleicht ist er inzwischen selbst schon durch die neuesten Ereignisse von seinen Sophismen befehrt worden; wenn aber nicht, so muß seinem Schriftchen in aller Höflichkeit und Sachlichkeit widersprochen werden, damit er innerhalb des Klassenbewußten Proletariats bleibt, was er mit solchen Ansichten zu sein verdient, nämlich ein Prediger in der Wüste.

Seuilleton.

Wachheit u. Verstand.

L'Adultera.

Von Theodor Fontane.

Um vieles heiterer gestalteten sich die kleinen Reunions, wenn die Orzechynski fehlten und statt ihrer bloß die beiden Walter und Fräulein Anastasia zugegen waren. Dann wurde wieder geschertzt und gelacht, wie damals in dem Stralauer Kaffeehaus, und Van der Straaten, der mittlerweile von Besuchen, sogar von häufigen Besuchen gehört hatte, die Rubehn in Anastasias Wohnung gemacht haben sollte, hing in Ausnutzung dieser ihm hinterbrachten Thatsache seiner alten Neigung nach, alle dabei Beteiligten ins Komische zu ziehen und zum Gegenstande seiner Schraubereien zu machen. Er sah nicht ein, wenigstens für seine Person nicht, warum er sich eines reinen und auf musikalischer Glaubenseinigkeit aufgebauten Verhältnisses nicht aufrichtig freuen sollte, ja die Freude darüber würd' ihm einfach als Pflicht erscheinen, wenn er nicht andererseits den alten Satz wieder bewahrt hätte fände, daß jedes neue Recht immer nur unter Kränkung alter Rechte geboren werden könne. Das neue Recht (wie der Fall hier läge) sei durch seinen Freund Rubehn, das alte Recht durch seinen Freund Elmar vertreten, und wenn er diesem letzteren auch gerne zugesteh, daß er in vielen Stücken er selbst geblieben, ja bei Tisch sogar als eine Potenzierung seiner selbst zu erachten sei, so läge doch gerade hierin die nicht wegzuleugnende Gefahr. Denn er wisse wohl, daß dieses Plus an Verzehrung einen

süchtbaren Gleichschritt mit Elmars innerem, verzehrenden Feuer hätte. Was Namens aber dieses Feuer sei, ob Liebe, Haß oder Eifersucht, das wisse nur der, der in den Abgrund sieht.

In dieser Weise zischten und pläzten die reichlich umhergeworfenen Ban der Straaten'schen Schwärmer, von deren Sprühfontänen sonderbarerweise diejenigen am wenigsten berührt wurden, auf die sie berechnet waren. Es lag eben alles anders, als der kommerziellrätliche Feuerwecker annahm. Elmar, der sich auf der Stralauer Partie weit über Wunsch und Willen hinaus engagiert hatte, hatte durch Rubehn's anscheinende Rivalität eine Freiheit wieder gewonnen, an der ihm viel, viel mehr als an Anastasias Liebe gelegen war, und diese selbst wiederum vergaß ihr eigenes, offenbar im Niedergange begriffenes Glück in dem Wohlgefühl, ein anderes hochinteressantes Verhältnis unter ihren Augen und ihrem Schutze heranwachsen zu sehen. Sie schwelgte mit jedem Tage mehr in der Rolle der Konsidenten und weit über das gewöhnliche Maß hinaus mit dem alten Evahange nach dem Heimlichen und Verbotenen ausgerüstet, zählte sie diese Winterwochen nicht nur zu den angeregtesten ihres an Anregungen so reichen Lebens, sondern erfreute sich nebenher auch noch des unbeschreiblichen Vergnügens, den ihr au fond unbehaglichen und widerstrebenden Ban der Straaten gerade dann am herzlichsten belachen zu können, wenn dieser sich in seiner Sultanslaune gemühtig fühlte, sie zum Gegenstand allgemeiner und natürlich auch seiner eigenen Lachlust zu machen.

In der That, unser kommerziellrätlicher Freund hätte bei mehr Aufmerksamkeit und weniger Eigenliebe stutzig werden und über das Lächeln und den Gleichmut Anastasias den eigenen Gleichmut verlieren müssen; er gab sich aber umgekehrt einer Vertrauensseligkeit hin, für die, bei seinem

sonst soupçonösen und pessimistischen Charakter, jeder Schlüssel gefehlt haben würde, wenn er nicht unter Umständen, und auch jetzt wieder, der Mann völlig entgegen-gesetzter Voreingenommenheiten gewesen wäre. In seiner Scharfsicht oft übersichtlich und Dinge sehend, die gar nicht da waren, über sah er ebenso oft andere, die klar zu Tage lagen.

Er stand in der abergläubischen Furcht, in seinem Glücke von einem vernichtenden Schläge bedroht zu sein, aber nicht hent und nicht morgen, und je bestimmter und unausbleiblicher er diesen Schlag von der Zukunft erwartete, desto sicherer und sorgloser erschien ihm die Gegenwart. Und am wenigsten sah er sich von der Seite her gefährdet, von der aus die Gefahr so nahe lag und von jedem anderen erkannt worden wäre. Doch auch hier wiederum stand er im Banne einer vorgefaßten Meinung und zwar eines künstlich konstruerten Rubehn, der mit dem wirklichen eine ganz oberflächliche Verwandtschaft, aber in der That auch nur diese hatte. Was sah er in ihm? Nichts als ein Frankfurter Patrizierkind, eine ganz und gar auf Anstand und Hausehre gestellte Natur, die zwar in jugendliche Thorheiten verfallen, aber einen Vertrauens- und Hausfriedensbruch nie und nimmer begehen könne. Zum Ueberflusse war er verlobt und um so verlobter, je mehr er es bestritt. Und abends beim Thee, wenn Anastasia zugegen und das Verlobungs-Thema 'mal wieder an der Reihe war, hieß es vertraulich und gut gelaunt: „Ihr Weiber hört ja das Gras wachsen und nun gar erst das Gras! Ich wäre doch neugierig zu hören, an wen er sich verthan hat. Eine Vermutung hab' ich und wette zehn gegen eins, an eine Freiin vom deutschen Uradel, etwa Schreck von Schreckenstein oder Sattler von der Hölle.“ Und dann widersprachen beide Damen, aber doch so klug und so vorsichtig, daß ihr

Politische Uebersicht.

Die Zuchthausvorlage und die Arbeiterklasse.

Wie die Post erzählt, ist der vom Kaiser in der Deynhäuser Rede angekündigte Gesetzesentwurf, der eine Verschärfung der in § 153 der Gewerbeordnung vorgezeichneten Strafbestimmungen enthält, bereits fertiggestellt und wird dem Reichstag demnächst zugehen.

Nicht dringend genug kann das werthvolle Volk darauf hingewiesen werden, daß trotz alles Anarchistenpöbels der kapitalistischen Presse die nähere, die drohende, mit Händen zu greifende Gefahr die Zuchthausvorlage ist.

Graf Posadowsky muß den so plötzlich, nach der Deynhäuser Rede des Kaisers, fertig gewordenen Entwurf dem neuen Reichstage, der in wenig Wochen zusammentreten wird, vorlegen. Noch niemals ist in irgend einer der unzähligen Gewerbeordnungen, die auf dem Boden des heutigen deutschen Reichs existieren, überhaupt von Zuchthausstrafe die Rede gewesen. Die Zuchthausstrafe in die Gewerbeordnung hineinzuziehen, ist ein Gebrauche, an dessen Möglichkeit man früher gar nie gedacht hat. Angesichts dieser unerhörten Neuerung, die geradezu die Vernichtung der Arbeiterkoalitionen bedeutet, gilt es, alle Hebel zu bewegen, um diesen ungeheuerlichen Streich der Volksentrechtung zu verhüten. Was an Widerstandskraft, an Manneszucht, an Organisation in der Klassenbewußten Arbeiterklasse Deutschlands lebt und wirkt, muß auf diesen Einen Punkt konzentriert werden. Jedes Zögern wäre verderblich.

In Wort und Schrift, in der Presse, durch Flugblätter, durch öffentliche Kundgebungen, durch Versammlungen und im Parlament ist der rücksichtslose Kampf bis zum äußersten gegen den gemeinschaftlichen Arbeitertrug aufzunehmen, der dem Gewerkschaftswesen das Rückgrat brechen soll. Die politische Partei und die Gewerkschaften haben die oberste Pflicht, den Sturm auf der Scharfmacher kühn, stark und ohne Zögern abzuschlagen. Der wäre thöricht, der auf den bürgerlichen „Zug nach links“ Hoffnungen setzte; denn beim Schutze der „Arbeitswilligen“ ist auch der unentwegte Liberale im Grunde nur der Vertreter der kapitalistischen Ausbeutungsfreiheit. Wer die bürgerliche Presse in diesen Tagen genau verfolgt hat, mußte deutlich erkennen, daß auch die linksstehenden bürgerlichen Parteien zwar gegen die Zuchthausvorlage Einspruch erhoben, aber sich wohl bereit erklärt haben, an „Mißstände“ bei Ausübung des Koalitionsrechts die bessere Hand zu legen. So ist kein sicherer Verlaß auf diese Gruppen der Bourgeoisie. Und der Jubelruf großbürgerlicher Sozialpolitik ist gar, wie die Verhandlungen auf der vorjährigen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik gezeigt haben, daß zwar das Koalitionsrecht auf dem Papier, ein toter Buchstabe, stehen, niemals aber ernsthaft ausgeübt werden sollte. Von den Wortführern der stummischen Richtung versteht es sich am Rande, daß sie als Beauftragte des deutschen Industrieendalismus die neue industrielle Härigkeit, neben der politischen die ökonomische Knechtung des Proletariats, mit brutaler Offenheit fordern.

Wenn die Offiziösen der Post, der Berliner Neuesten Nachrichten u. die Sachlage verdunkeln wollen und die öffentliche Aufmerksamkeit durch die ollen Kamellen der Anarchistenhoy von der wichtigsten und praktischsten Frage, die ihnen so am Herzen liegt, abulenken suchen, so haben wir keine Ursache, uns durch dieses klägliche Treiben Buedscher und Hastercher Trübischer betören zu lassen.

Der Zuchthausentwurf, der sich nicht an der so reichen Fülle von Strafbestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafschulbuches genügen läßt, der stumm auf den Thatsachen der Wirtschaftsgeschichte vorübergeht, anstatt aus den Erfahrungen des britischen Tradesunionismus zu lernen, die deutsche Arbeiterbewegung mit dem Polizeistand und mit der Zuchthausdiät niederzubringen will, der Zuchthausentwurf, der den wackeren Soldaten im Emanzipationskampfe des werthvollen Volkes in entehrende Post wirft, weil er für eine gute Sache selbstlos streitet, das ist der Feind, den wir zu Boden schlagen müssen.

Glück uns dieser Feldzug gegen den Arbeitertrug, so schlagen wir zugleich die Schlacht gegen Brotwucher, Ausnahmegerichte und Wahlentrechtung.

Hier ist Rhodus, hier tanze.

Deutsches Reich.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

W. Bentzen (Oberschlesien), 17. Sept. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Barbier Joseph Förgella aus Ober-

Widerspruch, anstatt irgend etwas zu beweisen, eben nur dazu diente, Ban der Straaten in seiner vorgefaßten Meinung immer fester zu machen.

Und so kam Heiligabend und im ersten Saale der Wildergalerie waren all unsere Freunde, mit Ausnahme Rubens, um den brennenden Baum her versammelt. Elmar und Gabler hatten es sich nicht nehmen lassen, auch ihrerseits zu der reichen Bescherung beizusteuern: ein riesiges Puppenhaus, drei Stöck hoch, und im Souterrain eine Waschküche mit Herd und Kessel und Rolle. Und zwar eine altmodische Rolle mit Steinkasten und Mangelholz. Und sie rollte wirklich. Und es unterlag alsbald keinem Zweifel, daß das Puppenhaus den Triumph des Abends bildete und beide Kinder waren selig. Sogar Lydia that ihre Vornehmheits-Mühen beiseite und ließ sich von Elmar in die Luft werfen und wieder fangen. Denn er war auch Turner und Akrobat. Und selbst Melanie lachte mit und schien sich des Glücks der anderen zu freuen oder es gar zu teilen. Wer aber schärfer zugehört hätte, der hätte wohl wahrgenommen, daß sie sich bezwang, und mitunter war es, als habe sie geweint. Etwas unendlich Weiches und Wehmütiges lag in dem Ausdruck ihrer Augen, und der Polizeirat sagte zu Duquede: „Sehen Sie, Freund, ist sie nicht schöner denn je?“

„Bläß und angegriffen,“ sagte dieser. „Es giebt Leute, die blaß und angegriffen immer schön finden. Ich nicht. Sie wird überhaupt überschätzt, in allem, und am meisten in ihrer Schönheit.“

An den Aufbau schloß sich wie gewöhnlich ein Souper und man endete mit einem schwedischen Punsch. Alles war heiter und guter Dinge. Melanie belebte sich wieder, gewann auch wieder frischere Farben, und als sie Niekchen

begleitete zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand, wie hier immer in solchen Sachen, hinter verschlossenen Thüren statt.

W. Königshütte (Oberschlesien), 18. September. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Schlosser Klaus von hier verhaftet.

Chronik der Begnadigungen.

Der Bräufewitz ist, wie die Vln. Volkszeitung bestätigt, am 24. August aus dem Gefängnis entlassen worden. Das Blatt hebt hervor, daß, da der Kaiser das Urteil als oberster Kriegsherr bestätigt hat, ihm auch das Begnadigungsrecht zustand.

* Berlin, 19. September. Der Reichskanzler und die Staatssekretäre. In der Münchener Allgemeinen Zeitung, die bekanntlich von Berlin offiziös „inspiriert“ wird, begegnen wir einer Art von Verwahrung des Reichskanzlers dagegen, daß man seinen Einfluß auf die Reichsgeschäfte gegenüber den Staatssekretären unterschätze. Da liest man: „Verfassungswidrliche Fiktiver. Man beschäftigt sich jetzt in der Öffentlichkeit, wenn von Fragen der Reichspolitik die Rede ist, fast mit der angeblich maßgebenden Auffassung einzelner Staatssekretäre. Es muß daran erinnert werden, daß dieser Standpunkt verfassungsmäßig nicht vertretbar ist. Sämtliche Staatssekretäre sind Organe des Reichskanzlers und haben lediglich die politischen Auffassungen dieses Chefs der Reichsverwaltung zu vertreten. Es kommt mithin wesentlich darauf an, welche Stellung der Reichskanzler zu den politischen Tagesfragen hat und welche Verantwortlichkeiten er bereit ist, gegenüber den gesetzgebenden Faktoren zu übernehmen.“

Von größerem Interesse wäre eine Erklärung des Reichskanzlers, daß es auch gegenüber Neuerungen des Monarchen „wesentlich darauf ankommt, welche Stellung der Reichskanzler zu den politischen Tagesfragen hat, und welche Verantwortlichkeiten er bereit ist, gegenüber den gesetzgebenden Faktoren zu übernehmen.“

Western vormittag wurde im Reichstagsgebäude der nationalliberale Parteitag unter dem Vorsitze Dr. Hammachers eröffnet. Dr. Hammacher widmete dem Fürsten Bismarck einen „warm empfundenen Nachruf“. Es waren Delegierte aus allen Teilen Preussens erschienen. „In allen wesentlichen Punkten des Parteiprogramms wurde von den anwesenden Vertrauensmännern der Partei Uebereinstimmung erzielt. Der Wahlspruch gelangt Dienstag zur Veröffentlichung.“

Der Hannov. Kur. hatte dieser Tage die bestimmte Mitteilung einer agrarisch-konservativen Opposition gegen die Kanalvorlage verbreitet. Die Wichtigkeit dieser Meldung wird von der Deutschen Tageszeitung in Aroede gestellt. Das Organ des Bundes der Landwirte versichert nämlich, es sei ihm nichts davon bekannt geworden, daß in den konservativen Kreisen ununterbrochen seit Monaten mit Hochdruck auf die Verwerfung der Kanalvorlage hingearbeitet werde. Der Nat.-Lib. Korr. zufolge wird jedoch die durch die Mitteilung des Hannov. Kur. wachgerufene Befürchtung, daß eine agrarisch-konservative Opposition der Annahme der Kanalvorlage möglicherweise gefährlich werden könnte, „an sehr beachtenswerter Stelle“ gestellt. Es werde nämlich besorgt, daß man die Einbringung der Kanalvorlage ausweichen wolle, um Garantien für eine bestimmte Höhe der Getreidezölle zu verlangen, und daß auf diese Weise die Kanalvorlage zu Schaden komme könne. Diese Meinung wird durch die Haltung der agrarischen Organe gewiß nicht widerlegt. Im Gegenteil geht daraus hervor, daß die Meinung, die vom Kaiser so lebhaft unterstützte Kanalvorlage für die Agrarier zu fruchtifizieren, an Stärke gewinnt.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Dieber ist mit dem Lloyd-Dampfer Friedrich der Große von seiner Amerikanische Heimgekehr. Beim Eintreffen in Bremen wurde er vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd, Geo Platen, empfangen. Der Norddeutsche Lloyd scheint somit die „maritime Bedeutung“ Dr. Diebers, des „reisenden Centrumsengels“, zu würdigen.

Für die Einberufung des Reichstags soll, wie die Rheinisch-Westf. Ztg. schreibt, der 29. November vorläufig in Aussicht genommen sein. Schwerlich wird man schon heute auch nur „vorläufig“ diesen Tag in Aussicht genommen haben. Es handelt sich offenbar um eine Kombination, darauf gegründet, daß ungefähr um diese Zeit der Beginn der Session wahrscheinlich ist. In der Post wird ausdrücklich hervorgehoben, daß über den Eröffnungstermin des Reichstags noch keine Bestimmungen getroffen sind.

Die Ablehnung des Genossen Singer als Mitglied der

und Anastasia, die bis zuletzt geblieben waren, bis an die Treppe geleitete, rief sie dem kleinen Fränlein mit ihrer freundlichen und herzwinnenden Stimme nach: „Und steh dich vor, Niekchen. Christel sagt mir eben, es glatteist.“ Und dabei blühte sie sich über das Geländer und grüßte mit der Hand.

„D, ich falle nicht,“ rief die Kleine zurück. „Kleine Leute fallen überhaupt nicht. Und am wenigsten, wenn sie vorn und hinten gut balancieren.“

Aber Melanie hörte nichts mehr von dem, was Niekchen sagte. Der Blick über das Geländer hatte sie schwindelig gemacht, und sie wäre gefallen, wenn sie nicht Ban der Straaten aufgefangen und in ihr Zimmer zurückgetragen hätte. Er wollte klingeln und nach dem Arzte schicken. Aber sie bat ihn, es zu lassen. Es sei nichts, oder doch nichts, wobei der Arzt ihr helfen könne.

Und dann sagte sie, was es sei.

XIV. Entschluß.

Erst den dritten Tag danach hatte sich Melanie hinreichend erholt, um in der Alfenstraße, wo sie seit Wochen nicht gewesen war, einen Besuch machen zu können. Vorher aber wollte sie bei der Madame Guichard, einer vor kurzem erst etablierten Französin vorsprechen, deren Confections- und künstliche Blumen ihr durch Anastasia gerühmt worden waren.

Ban der Straaten riet ihr, weil sie noch angegriffen sei, lieber den Wagen zu nehmen, aber Melanie bestand darauf, alles zu Fuß abmachen zu wollen. Und so kleidete sie sich in ihr diesjähriges Weihnachtsgeschenk, einen Nergel-Pelz und ein Castorhütchen mit Straußenfedern, und war eben auf dem letzten Treppenschritt, als ihr Rubens be-

Berliner städtischen Schuldeputation, die jüngste Thot v. d. Reckes, hat der Polizeiminister durch eine Verordnung vom 4. September d. J. begründet, worin es heißt:

Die sozialdemokratische Partei erstrebe ausgesprochenemassen die Befreiung der bestehenden staatlichen Ordnung. Schon daraus ergäbe sich folgerichtig, daß ihren Mitgliedern die Wahrnehmung obrigkeitlicher Befugnisse von Staats wegen nicht anvertraut werden könne. Sie stehe in einem grundsätzlichen Gegensatz zu den Aufgaben der preussischen Volksschule. Daraus folge, daß ihren Anhängern die zur Mitwirkung bei der Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Eigenschaften abgehen, und daß sie als Mitglieder einer Schulkommission nicht zugelassen werden können.

Es lebe die preussische „Selbstverwaltung“! — Der Vorwärts teilt diesen erbaulichen Pöbelsli. Er laß mit:

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts IV. 34111

Der beim Postamte in Braunschweig auf Lebenszeit angestellte Postschaffner Friedrich Karl Wolf hat seinen sozialdemokratischen Gesinnung öffentlich Ausdruck gegeben und durch sein Verhalten bei den Stichwahlen für den Reichstag am 24. Juni d. J. Anstoß erregt. Dadurch hat er die Pflicht seines Amtes verletzt und sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Ich verfüge daher hiermit gemäß §§ 10, 72, 83 und 84 des Reichsbeamten-Gesetzes wider ihn die Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung und gemäß § 127 a. a. D. seine Suspension vom Amte. J. N.: gez. Spilling. An die kaiserl. Ober-Postdirektion in

Der „König“ von Tschutschko, Jabo Bukari, der seit Jahren unter deutschem Schutze steht und den deutschen Behörden von Logo bei Kämpfen gegen räuberische Stämme wiederholt freiwillig Beeresfolge geleistet hat, ist verstorben. Da zwölf Personen vorhanden waren, die das Recht auf seine Nachfolge beanspruchten, wäre es, nach dem Deutschen Kolonialblatt, leicht zu Streitigkeiten gekommen, wenn nicht der Chef der deutschen Station in Ansari die Häuptlinge bewogen hätte, sich dem Wahlspruch des Shalohauptlings, der nach alter Sitte dazu berufen ist, zu fügen. Es wurde durch ihn ein Bruder des verstorbenen Königs gewählt, ein Mann von etwa 40 Jahren, der sich Jabo IV. nennt. Gegen 800 Häuptlinge des Gebietes haben nach der Wahl dem neuen „König“ gehuldigt. Welches Glück, daß wir nun Jabo IV. haben.

Zur Frage der „Bekämpfung des Anarchismus“ schreibt die Vln. Ztg. aus Berlin, als unmittelbar ausführbar sei nur der Vorschlag anerkannt worden, daß alle Staaten sich der nicht staatsangehörigen Anarchisten entledigen sollten. Einzelne Länder wie Belgien und die Schweiz wollten diesen Weg sofort einschlagen. Darüber hinausgehende Maßregeln seien nicht geplant und bestimmte Beschlüsse nach keiner Richtung gefaßt worden. Kein akademischer Charakter trügen jene Erörterungen, die den Anarchismus auf dem Wege der sogenannten Verchristlichung (dies Vermischung und Verpflanzung) der Schulen und der Befreiung der Lehrfreiheit der Universitäten bekämpfen möchten.

Die allernachste offiziöse Wiener Politische Korrespondenz meldet es verlautet in unterrichteten Kreisen, die italienische Regierung beabsichtige, die Initiative zu ergreifen, um die Veranstaltung einer Konferenz behufs Beratung gemeinsamer Maßregeln zur Bekämpfung des Anarchismus anzuregen. Die Regierung Italiens ist die „nächste dazu“. Das offizielle Italien, das Land des Panamino, des Belagerungszustandes, der Crispigamerieien und der Niedervlagen, der Hungerdelirien züchtel treibhausmäßig Not, Verzweiflung, Gewalt. Und es ruft noch nach Polizei!

Wie unschuldig übrigens doch die Offiziösen thun, als ob nicht die Regierungen schon längst die Ausweisungsbefugnis für „lästige“ gefallene Fremde hätten; sehr reichlich davon Gebrauch machen sie doch wirklich.

Aus den neuesten Bismarckveröffentlichungen Wischgens sei die Antwort Bismarcks auf die Genehmigung des Entlassungsgesuchs mitgeteilt:

Ich danke Ew. Majestät respektvoll für die gnädigen Worte, womit Ew. Majestät meine Entlassung begleitet haben, und ich bin hocherfreut über das Geschenk des Bildes, das mir ein chronisches Andenken an die Zeit bleiben wird, während welcher Ew. Majestät mir erlaubten, meine Kräfte Ew. Majestät Dienst zu widmen. Ew. Majestät hat zu gleicher Zeit mir gnädigst die Würde eines Herzogs von Lauenburg verliehen. Ich habe mir respektvoll die Freiheit genommen, mündlich dem Geheimen Kabinettsrat Lucanus die Gründe auseinanderzusetzen, welche es für mich schwierig machen, einen solchen Titel zu führen, und ihn zugleich gebeten, diesen zweiten Gnadenakt nicht zu veröffentlichen. Die Erfüllung dieses Gesuches war nicht möglich, da zur Zeit, als ich

gegnete, der inzwischen von ihrem Unwohlsein gehört hatte und nun kam, um nach ihrem Befinden zu fragen.

„Ah, wie gut daß Sie kommen,“ sagte Melanie. „Nun hab' ich Begleitung auf meinem Gange. Ban der Straaten wollte mir seinen Wagen aufzwingen, aber ich sehne mich nach Luft und Bewegung. Ach, unbeschreiblich Mir ist so bang und schwer“

Und dann unterbrach sie sich und setzte rasch hinzu: „Geben Sie mir Ihren Arm. Ich will zu meiner Schwester. Aber vorher will ich Ballblumen kaufen und dahin sollen Sie mich begleiten. Eine halbe Stunde nur. Und dann geb' ich Sie frei, ganz frei.“

„Das dürfen Sie nicht, Melanie. Das werden Sie nicht.“

„Doch.“

„Ich will aber nicht freigegeben sein.“

Melanie lachte. „So seid ihr. Tyrantisch und eigenmächtig auch noch in eurer Huld, auch dann noch, wenn ihr uns dienen wollt. Aber kommen Sie. Sie sollen mir die Blumen aussuchen helfen. Ich vertraue ganz Ihrem Geschmack. Granatblüten; nicht wahr?“

Und so gingen sie die große Petristraße hinunter und vom Platz aus durch ein Gewirr kleiner Gassen, bis sie hart an der Jägerstraße, das Geschäft der Madame Guichard entdeckten, einen kleinen Laden, in dessen Schaufenster ein Teil ihrer französischen Blumen ausgebreitet lag.

Und nun traten sie ein. Einige Kartons wurden ihnen gezeigt und ehe noch viel Worte gewechselt waren, war auch schon die Wahl getroffen.

(Fortsetzung folgt.)

meine Bedenken darüber ausdrückte, die Publikation schon stattgefunden hätte, am 17. März. Ich erlaube mir jedoch, Ew. Majestät zu bitten, mir gnädigst zu erlauben, in Zukunft den Namen und Titel zu führen, den ich bisher getragen habe. Ich bitte um die Erlaubnis, Ew. Majestät meinen ehrerbietigsten Dank für die hohe, mir durch die militärische Beförderung gewährte Ehre zu Füßen zu legen, sobald ich im Stande sein werde, mich zu melden, woran ich im gegenwärtigen Augenblicke durch Unwohlsein verhindert bin.

Mit großförmigen Liebenswürdigkeiten überschüttet die ultramontane Schlef. Volksztg. den Bund der Landwirte. In einem noch nicht 70 Zeilen langen Artikel finden sich folgende Roseworte: „Dreist — jämmerliche Erfolge — Größenwahnsinn — tolle Politik — Dummheiten der Landwirtschaftsbilder — Nechtheit — Anmaßung — Prahlerei — Grobmundigkeit — Unfähigkeit — faule Wiße — Hezweide — tiefste Stufe der Absurdität — Niveau der Ahswarderei.“

Die Deutsche Tageszeitung, die es doch sonst an ungeschlachten Scheltworten, namentlich gegen die Sozialdemokratie, nicht fehlen läßt, jammert über diesen „Schmutzlabel von Schimpfereien“.

Zur Fleischtenerung. In Fürth hat der Magistrat heute beschloffen, eine Eingabe wegen Wohnnahmen gegen diese die städtische Bevölkerung schwer schädigenden Zustände an das Staatsministerium zu richten; die Eingabe soll den anderen bayerischen Städten zum Beschluß mitgeteilt werden. Unter Umständen soll eine analoge Petition an den Landtag nachfolgen. In Nürnberg wird die Angelegenheit zunächst in einer aus Mitgliedern beider städtischen Körperschaften gemischten Kommission beraten werden, die sich zugleich mit den lokalen Verhältnissen auf dem städtischen Viehmarkt befassen soll, weil vielfach die Ansicht besteht, daß auch der Zwischenhandel zur Steigerung der Preise beigetragen habe.

Polnisches. „Gott erlöse Polen.“ Der Redakteur des Wiarus in Wochum hat vor einiger Zeit von der Polizeibehörde die Aufforderung erhalten, keine Inserate mehr mit „Gott erlöse Polen!“ und die Wappen Polens angebracht zu sein. Brejst hat daraufhin angeordnet, die Wappen und die Aufschrift von den Klischees zu beseitigen, und in dem Textnummern Uhren, mit einem Adler, „mit der Mutter Gottes“ oder „polnische Uhren“ empfohlen. Die Polizeibehörde hat darin eine Umgehung des Verbots erblickt und den p. Brejst mit einer Geldstrafe von 300 Mark bzw. 30 Tagen Haft belegt, mit dem Bemerkten, daß ein Widerspruch hiergegen nur auf dem Verwaltungswege zulässig sei.

Ein polnischer Gastwirt in Probuso wurde zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er einen deutschen Kathizismus, der seiner Tochter in der Schule eingeschänkt worden ist, verbrannt hat. Die von ihm gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer zu Bromberg mit der Motivierung verworfen, daß jene Strafe angesichts der zahlreichen Fälle von Widerstand gegen die Staatsrichtungen als abschreckendes Beispiel dienen solle.

z. Breslau, 18. September. Der Beleidigung des Grafen Posadowsky sollte sich der Redakteur der Volksmacht, Genosse Julius Bruhns, schuldig gemacht haben und zwar in einer satirischen Kritik des bekannten „Wahlbriefes“, den Graf Posadowsky kurz vor den Wahlen an einen „notablen“ Politiker gerichtet hatte. Der Prozeß ist gestern vor dem Breslauer Landgericht verhandelt worden. Der Staatsanwalt hielt kurzerhand die ganze Kritik jener amtlichen Wahlumgebung durch die Volksmacht für den Herrn Staatssekretär beleidigend und beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Der Angeklagte nahm den Schutz des § 193 des R.-St.-G.-B. (Wahrung berechtigter Interessen) für sich in Anspruch. Die Kritik forderte schon der ganz unerhörte Umstand heraus, daß einer der höchsten Reichsbeamten sich mitten in den Wahlkampf stellte und offen Stellung nahm gegen eine der miteinander kämpfenden politischen Parteien. Das widerspreche der Objektivität und Unparteilichkeit, die ein Beamter von der Bedeutung Posadowskys als ein Bürger und Wähler gegenüber beobachten müsse. Auch objektiv unwahre Behauptungen habe der Wahlbrief enthalten und damit die Antwort der angegriffenen Partei provoziert. Er, Angeklagter, sei zur Abwehr nicht nur als Redakteur eines Blattes, das zur angegriffenen Partei zähle, berechtigt gewesen, sondern ganz besonders auch als von der angegriffenen sozialdemokratischen Partei aufgestellter Reichstagskandidat.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hein, wies in längeren Ausführungen nach, daß die inkriminierten drastischen Äußerungen weder inhaltlich noch in der Form beleidigend seien und ihre ausreichende Erklärung in der hochgradigen Hitze des Wahlkampfes fänden. Das Gericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zu, erachtete auch die Kritik des Wahlbriefes inhaltlich nicht als eine beleidigende. glaube jedoch, daß der Angeklagte mehrfach die zulässige Form der Kritik überschritten und hierdurch die Absicht, beleidigen zu wollen, kundgegeben habe. Beleidigend sei die Bezeichnung „Nachtwächterlied“ für die Rundgebung Posadowskys, dann die Behauptung, daß Graf Posadowsky „Klopfstockkunststücke“ anwende und schließlich die Bezeichnung Posadowskys als „Lambour-major der Selbstschadepartei“. Widerstand kommt der Umstand in Betracht, daß der Artikel in der Hitze des Wahlkampfes verfaßt und veröffentlicht ward. Aus diesem Grunde sei auch von einer Freiheitsstrafe abgesehen und der Angeklagte in eine Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Dem beleidigten Reichsstaatssekretär Grafen Posadowsky wurde die Publikationsbefugnis nicht nur für die Volksmacht, sondern auch für den Vorwärts und die Nordd. Allg. Zeitung erteilt. Die verlegte Ehre des Herrn Grafen ist nunmehr also wieder repariert.

Stuttgart, 18. September. Die Wahlnachwehen treten in Württemberg heftiger und nachhaltiger auf als in irgend einem anderen Teil des Reiches. Vor wenigen Tagen verurteilte das Heilbronner Schöffengericht den Kommissionar Wächter von Heilbronn zu 30 Tagen Gefängnis, weil er einem Schutzmann auf die Finger klopfte, der am Stichtagsabend ein am Heilbronner Gewerkschaftshaus angeklebtes Plakat abriß, das für Kritiker zu stimmen aufforderte. Interessant dabei ist, daß der Schutzmann aus eigenem Wahleifer für seinen obersten Vorgesetzten, Hegelmaier, das Plakat zu entfernen suchte.

Die Untersuchung in der Heilbronner Krawallaffaire ist immer noch nicht abgeschlossen. Mehrere Personen sind noch in Haft; zum großen Kerker Hegelmaiers und seiner Handlanger ist darunter aber kein einziger Parteigenosse. Trotz großer Bemühungen ist es Hegelmaier nicht gelungen, den Sozialdemokraten auch nur den Schein einer Schuld an den Ausschreitungen nachzuweisen. Einzelne Fälle sind bereits verhandelt worden. So wurde kürzlich ein Heilbronner Wähler wegen Beleidigung des Militärs und der Polizei am Stichtagsabend zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt. Sein eigener Anwalt aber stellte fest, daß

der Angeklagte am Stichtagsabend weder die sozialdemokratische, noch die volksparteiliche Versammlung besucht hatte, sondern mit den Deutschparteilern den Sieg Hegelmaiers feierte. So etwas ist ärgerlich für die Hintermänner der Krawallanlage. Die große Untersuchung wird übrigens in recht befremdlicher Weise geführt. Man erzählt sich in Heilbronn, daß Hegelmaier, der als temperamentvoller Kandidat an der Wahlbewegung und deren Folgen am Stichtagsabend persönlich beteiligt war, sich wieder in sein früheres Amt eines Staatsanwalts versetzt glaubt und als solcher in die Untersuchung lebhaft eingreift. Sein Bruder, Landgerichtsrat Hegelmaier, ist der Untersuchungsrichter.

Die Göppinger Wahlexzedenzen, soweit sie vor das Schwurgericht gelangen, werden Ende dieses Monats abgeurteilt. Die Nachricht, der verhaftete Unteroffizier Müller habe gestanden, den Ulanen Bögele erst erdroffelt und dann aufgehängt zu haben, wird wieder offiziell dementiert. Es heißt, Müller sei kriegsgerichtlich abgeurteilt, das Verfahren schwebt aber noch in der Revisionsinstanz. Wenn die Militärbehörde nicht früher öffentlich das Wort zur Klarstellung des Falles nimmt, so wird ihr jedenfalls im Reichstag die Zunge gelöst werden.

Die Protestbewegung gegen die Zuchtanstellung nimmt ihren Fortgang. Außer in Stuttgart protestieren auch die Arbeiter in Heilbronn. Weitere Protestversammlungen sind geplant. Die schwäbische Eisenbahnverwaltung trägt ihr Teil dazu bei, das Interesse der Arbeiter an dieser Bewegung zu steigern, indem sie die Eisenbahnangehörigen, die sich unterstellen, sich zu koalieren, auf Pfosten setzt. Dieser Tage wurden zwei Angestellte vom Betriebsinspektor unter der Motivierung entlassen: „Sie gehören dem Verband der Eisenbahner an und das genügt, und wenn ich bei irgend einem anderen den Weckruf sehe, so arbeite ich keinen Tag mehr bei der Bahn.“ So respektiert die Staatsbehörde das allen Arbeitern gesetzlich zustehende Vereinigungsrecht!

München, 17. September. Eine arge Geschichte erzählt die Münchener Post. Ein Brauergeselle, der im Besitze aller ordnungsmäßigen Ausweise war, wurde in Regensburg wegen Wettens verhaftet und vier Tage eingesperrt. Bei seiner Entlassung waren die ihm abgenommenen Legitimationspapiere verschwunden. In der Scheitnerbrauerei hätte der Brauer Arbeit bekommen, wenn er Papiere besessen hätte. Er wendete sich deshalb an das Amtsgericht. Dieses bestätigte ihm, daß seine Papiere „momentan nicht auffindbar“ seien, daß er ein ordentlicher Mensch zu sein und gerne arbeiten zu wollen scheine, und daß er nach eigener Behauptung noch unbestraft sei. Das Amtsgericht stellte das Ansuchen an die Brauerei, ihn deshalb auch ohne Papiere aufzunehmen. Die Brauerei lehnte dies ab, und der Bierbrauerverband nahm sich seines Mitgliedes an, gab ihm Unterhalt, ließ durch einen Anwalt an den früheren Arbeitsstellen des Gehilfen um Zeugnisse über Arbeitsdauer und Führung nachsuchen und beauftragte den Anwalt, die entstehenden Kosten bei der Behörde zu reklamieren. Die erbetenen Zeugnisse trafen nur zum geringen Teil ein, der Antrag auf Kostenersatz wurde von der Behörde abgewiesen und dem Gehilfen Stadtverweis angekündigt. Der Mann ging deshalb nach München, fand hier Arbeit als Erdarbeiter, machte manchmal — vergeblich — einen Versuch, eine Entschädigung von der Behörde zu erhalten und ist heute noch nicht im Besitze seiner Legitimationspapiere.

Das sind doch, sagt treffend die Frankfurter Zeitung, Vorgänge, die nicht vorkommen dürfen. Nachdem aber die Papiere des Mannes durch Verschulden seiner Behörde verloren gingen, wäre es eine einfache moralische Verpflichtung des Staates, den Mann schadlos zu halten und für ordnungsmäßige Ergänzung der Papiere zu sorgen. Statt dessen wurde ihm Stadtverweis angekündigt. So, wie es hier geschehen, geht man mit einem Menschen nicht um, der noch dazu ein ordentlicher, arbeitssuchender Mann ist. Man hat in den letzten Monaten aus verschiedenen Städten von Vorfällen gehört, die zeigen, daß man mit Arbeitern manchmal recht summarisch und bestreulich verfährt, wenn sie mit der Polizei in Berührung kommen. Man hat sie nach alter Schablone als Bogabunden behandelt, auch wenn keine Veranlassung dazu vorlag, und sie dann ihrem Schicksal überlassen. Es muß deshalb unseren Behörden nachdrücklich eingeschärft werden, daß man auch Arbeiter individuell und nicht summarisch, nicht unter der vielleicht unbewußten Präsumtion behandelt, als schade es nichts, wenn man sie mit dem Gefindel über einen Kamm schert. Für unpassende Behandlung muß in einem Rechtsstaate auch ein Beamter zur Rechenschaft gezogen werden können. In Beamtenkreisen wird man hierüber vielleicht die Ähseln zuden, aber diese Forderungen müssen und werden endlich auch erfüllt werden.

G. Straßburg, 17. September. In der Nacht vom 15. auf den 16. d. Mts. bivallerte bei Hatten (Unterelsaß) anlässlich der Corpsmanöver u. a. auch das in Saarburg garnisonierende Manoeurgement Nr. 15. Als abends ein Rittmeister die für seine Eskadron gekochte Suppe kostete und sie sauer und verdorben fand, machte er dem für die Menage verantwortlichen Sergeanten deshalb Vorwürfe. Dieser letztere soll dem Rittmeister erwidert haben: „Dafür kann ich nichts, Herr Rittmeister“. Daraufhin erhielt er von dem Offizier einige Ohrfeigen und als er sich umwandte und eine angeblich drohende Haltung gegen seinen Vorgesetzten einnahm, zog dieser blank und verfehlte dem Sergeanten mit dem Säbel einen derart wuchtigen Schlag über den Kopf, daß der Betroffene sofort bewußtlos zusammenbrach. Man brachte ihn ins Lazarett nach Hagenuau, wo er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, am anderen Morgen verstarb. Der Täter, über dessen Person vorerst nur so viel verlautet, daß er der Träger eines hochadeligen Namens sei, wurde sofort verhaftet und in Untersuchungshaft nach Straßburg abgeführt.

Keine politische Nachrichten. Wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Martius in Slogau war der Redakteur des dortigen freisinnigen Niederschlesischen Anzeigers zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nachdem das Reichsgericht das Urteil aufgehoben, hat jetzt die Strafkammer in Regnitz auf 300 Mark Geldstrafe erkannt. — Pferderennen sind in Köln jetzt wieder eingerichtet worden, zum erstenmal seit 30 Jahren. Sofort findet sich auch der Totalisator ein und wird dieser Spielgelegenheit die größte Ausdehnung gegeben. Aus dem Stadtanzeiger der Köln. Ztg. entnehmen wir, daß Einrichtungen getroffen sind, um denjenigen, die den Rennplatz selbst nicht besuchen, in der Stadt Gelegenheit zu geben, Wetten zu machen, unter gleichzeitiger Bürgschaft voller Gewinnausschüttung und glatter Regulierung. — Als Beweis, auf welchem niedrigen Niveau die deutsche Landesverbeugung sich befindet, stellt die Staatsb. Ztg. die fortwährende Erwerbung ausländischer Materials für den kaiserlichen Marstall zu Berlin hin. So habe er erst am 21. Juli eine Anzahl englischer Jagdpferde zu hohen Preisen aus dem Stalle des Lord Londsdale erworben. Einzelne hätten bis 14000 Mark gekostet. — Die Wiedereröffnung schärfster Präzedenzfälle bestrafte der konservative Bürgerverein in Westfalen in einer

Petition an den Reichstag und ersucht sämtliche deutsche Vereine, sich diesem Gesuch anzuschließen. — In der schweizerischen Bundesratsitzung hat zwischen den Mitgliedern des Bundesrats ein orientierender Gedankenaustausch darüber stattgefunden, welche Maßnahmen die schweizerischen Behörden zur besseren Bekämpfung der Anarchisten treffen sollen. Man meint, die bestehenden Gesetze genügen. Die schweizerische Fremdenpolizei brauche einfach zu einer schärferen Praxis überzugehen durch häufigere Anwendung des Mittels der Fremdenausweisung. Viel hängt dabei freilich von der Unterstützung durch die Kantone ab, da die Kantone es seien, die die Ausländer aufnehmen. — Der Regierungspräsident des Kantons Tessin konferierte mit dem Komitee, das sich in Intra gebildet hat, zwecks Förderung des Projekts betr. Herstellung einer Verbindung zwischen Sion und Gollharbaba. Die Tessiner Regierung studiert zwei Projekte: Locarno-Domavall-Ballegny-Domobosola und Locarno-Intra-Ballanza-Domobosola. — Das bulgarische Ministerium hatte den Generalstabkapitän Morsoff zum Militärattaché in Belgrad vorgeschlagen. Morsoff wurde der Beteiligung an der Ermordung Stambulows verdächtigt. Die serbische Regierung hat nun Morsoff abgelehnt, worüber in Sofia eine große Erbitterung gegen Serbien sich bemerkbar macht. — Aus Uster wird vom 19. September gemeldet: Bei den gestrigen Wahlen zu den Generalräten wurden bis Mittag nur Antisemiten gewählt. In Bönne kam es zu Unruhen. Zwei Personen wurden verwundet.

Schweiz.

Pollzeispigel Santoro. — Protest.

Ueber den von uns schon gefennzeichneten Santoro wird, wie bereits gemeldet, diese Erklärung im Züricher Volksrecht veröffentlicht: „Ein Dieb raubte vor einiger Zeit einem Herrn, der auf dem rechten Ufer des Zürichsees wohnt, einige Staatspapiere im Werte von einigen Tausend Franken. Diese Papiere wurden einem Fehler übergeben, und aus dessen Händen gingen sie in den Besitz des ehemaligen italienischen Polizeikommissars Santoro über. Dieser wandte jedes Mittel an, die Papiere zu versilbern. Es wäre zu lange, die Geschichte der vielen Reisen dieser Papiere nach Marseille, Brüssel, Genf, London u. s. f. zu erzählen; wir begnügen uns, zu sagen, daß sie eines Tages wieder in eingeschriebenen Briefen nach Zürich zurückkehrten, da es nicht möglich gewesen war, sie anzuliefern. Was that unser ehemaliger Polizeikommissar Santoro? Er nahm eines jener Papiere im Werte von ungefähr 1500 Franken, schloß es in ein Couvert mit einem gedruckten Briefe, dessen Worte er aus einer Zeitung ausgeschnitten und wieder zusammengeheftet hatte, um sich nicht selbst bloßzustellen. Er ließ diesen Brief auf der Post in Mailand aufgeben, um ihn eingeschrieben an die Adresse C. C. in Genf zu senden. Gleichzeitig zeigte er dem Polizeidirektor in Genf an, daß der Diebe der Staatspapiere sei, und daß der Brief selbst einen Teil des Diebstahls enthalte, der ihm von seinen nach Italien geschickten Gefährten als sein Anteil zugestanden worden sei.“

Gleichzeitig unter Benützung eines alten Briefes eines berechtigten Diebes, eines gewissen Caroni, der jetzt überall gesucht wird, verfälschte Santoro dessen Unterschrift und ließ ihn so als Absender des in Mailand ausgegebenen Blattes figurieren. Er schrieb auch an die Postdirektion in Genf, sie möchte den Brief an die Adresse von Carlo Chignola nach Zürich schicken, wo sich der Adressat aufhalte, und fügte noch bei, daß dies ein sehr gefährlicher Anarchist sei. Die Genfer Postdirektion schrieb zweimal an die Adresse von Carlo Chignola in Zürich. Dieser aber, ein Arbeiter, der schon lange in Zürich lebt und der Santoro als Pollzeispigel in einem öffentlichen Lokale Zürichs kennengelernt, hat natürlich den Brief in Genf nicht erhoben und die beiden Schreiben der Genfer Post bei der Züricher Kantonspolizei zur Untersuchung deponiert. Santoro wollte sich durch diesen Streich an Chignola dafür rächen, daß er ihn als Pollzeispigel bloßgestellt hatte. Der berechtigte Polizeikommissar Santoro erfuhr nun, daß viele Italiener in Zürich von seinen tusamen Handlungen Kenntnis erhalten hatten, und sah gleich mit zwei anderen seines Geschlechts den Plan, sich aller seiner Feinde, die ihn überwachten, zu entledigen. Von diesen zwei sehr bekannten „Grennmännern“ wohnt nun der eine unter dem Namen Lot oder Mei mit einem falschen Reisepaß in Lugano und der andere in Zürich; es ist dies ein gewisser D. Wollt Ihr wissen, was diese erfanden? Lachet, wenn Ihr nicht mit Grauen erfüllt werdet. Santoro erfährt, daß sich in Zürich ein gewisser Ciancabilla befinde, der sich gewöhnlich in Paris oder London aufhält, und erfand gleich eine Reihe von falschen Anzeigen, und ließ glauben, Ciancabilla sei nach Zürich gekommen, einer anarchistischen Versammlung vorzustehen, wo beschlossen worden sei, den König Humbert I. und den Präsidenten Faure der französischen Republik zu töten, wozu schon die betreffenden Personen, ruhige Arbeiter in Zürich, die ihren Pflichten nachkommen, bestimmt seien. Die Züricher Behörden erhielten Auftrag aus Bern, die Leute alle zu verhaften. Es wurden aber nur einige vorgeladen, und diesen war es möglich, sofort den ganzen Schwinkel aufzudecken. Die Züricher Behörden verlangten den Denunzianten zu erfahren, und schließlich wurde ihnen der ehrenwerte Santoro genannt. Daraufhin nahm die Züricher Behörde keine Verhaftungen vor, weil sie diesen Herrn Santoro als einen unzuverlässigen Menschen kennen, von dessen Verichten erst in einem von hundert vielleicht ein nebensächliches Körnlein von Wahrheit enthalten sei.“

Lugano, 16. September. Eine von etwa 500 italienischen Flüchtlingen und Schweizer Bürgern besuchte Versammlung in hiesigen Ebentheater, in der als erster Redner Advokat Bertoni auftrat, vollierte eine längere Tagesordnung, worin gegen das Genfer Attentat protestiert und die Machenschaften der italienischen reaktionären Presse wider die freihellenischen Institutionen der Schweiz verurteilt werden.

Belgien.

Ein Dementi.

Brüssel, 18. September. Die auswärts verbreitete Nachricht, daß die belgische Regierung dem Parlament, das im November zusammentreten wird, ein Gesetz gegen die Anarchisten vorlegen werde, entbehrt jeder Grundlage.

Türkei.

Arztliches.

Kandia, 18. September. Heute Nachmittag gab der Sultan Befehl an Dschewad Pascha, den Forderungen des Admirals Rosäl betreffend die Entwaffnung der Bevölkerung zuzustimmen. Damit wird der letzte, noch übrig gebliebene Forderung des Admirals genügt und seinem Ultimatum vollkommen entsprochen. Dschewad befehlt Ehem Pascha, alle ausgelieferten Waffen zu konfiszieren.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Hierzu eine Beilage.

Theatervorstellungen. Neues Theater.

Montag den 19. Sept. 254. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot). Johanna. Schauspiel in 3 Akten von Björn Björnson.

Table with 2 columns: Schauspiel-Freise, Profenium-Logen im I. Rang, etc.

Altes Theater.

Montag den 19. September: Eine tolle Nacht. Poffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Jul. Freund und W. Mannstädt.

Theodor Plinisch, Vikarhändler. Dr. Starke, Hoftheater. Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with 3 columns: Weizen per 1000 kg netto, Roggen per 1000 kg netto, Gerste per 1000 kg netto, etc.

Table with 2 columns: Gewöhnliche Freise, Barterre, ungesperret, etc.

Die Mühlen und Mehlbändler von Leipzig und Umgeg. notieren: Weizenmehl Nr. 00 25.50-26.00.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Dienstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Gelbe Erbsen mit Schweinefleisch.

Ankunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

Zimmerer. Dienstag den 20. September abends 8 Uhr. Öffentliche Versammlung im Saale des Gosenthals, Dufourstr. 36.

Vollheringe. guter Fisch zum Marinieren. 10 Stück 35 Pfg. à Stück 7-9 Pfg.

Brennholz. sowie eigene Sägespäne zum Räuchern bauernd und billig abgegeben bei Thurner & Co., Südlich, Schulstr. 6.

Ein Barbiergehilfe gesucht. W. Groß, Bayerische Straße 59. Tüchtige Metalldreher gesucht.

Metallarbeiter aller Branchen. Dienstag den 20. September abends 7/9 Uhr. Große öffentl. Versammlung im Pantheon, Dresdener Strasse.

Julius Bräunig. Leipzig, Peterssteinweg 12. Makulatur à Ctr 4.50 Mk.

Ein Pneumatik-Rover. ist spottbillig zu verkaufen. Lindenau, Querstr. 13, III. W.

Patent-Bureau Lipsia. 3 Grimmaische Str. 3. besorgt Patente, Gebr.-Muster, Markenschutz.

Maler, Lackierer! Unser Verkehrsstol und Arbeits-Nachweis befindet sich seit 18. September im Bürgergarten, Brüderstraße II.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung.

Wohnungsanzeigen. Große leere Stenstr. Stube an einzelne Person zu vermieten.

Familienanzeigen. Wir gratulieren unserem lieben Vater zum heut. Geburtstag.

Musikinstrumenten-Handlung. Julius Luderer, Klingenthal, Kirchstrasse 105. empfiehlt alle Sorten von Musikinstrumenten.

Drogerie Rotes Kreuz. Volkmarisdorf. empfiehlt streichfertige Wand- u. Fußboden-Farben.

Vermischte Anzeigen. 2 Miete am Sonntag a. d. Wege nach Schönaugrund.

Todesanzeige. Gestern früh verschied nach kurzer Krankheit unsere liebe Tochter Elisabeth.

Billig! Billig! 25 Küchenschränke. sind einzeln mit 5 A Anzahlung und wöchentlich 1 A Abzahlung abzugeben.

Neugebauer, stad. gebild., staatl. nicht geprüf. Bratt. g. Homöopathie u. Naturheilmethode.

Altes Gold und Silber. Bruno Sorge Kleinzschocher. empfiehlt Mützen, Filzwaren, Pelzwaren.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Oesterreich-Ungarn.

Ein kaiserliches Handschreiben.

Wien, 18. September. Der Kaiser hat ein Handschreiben an Thun erlassen, worin es heißt: „Ein entsetzliches Verhängnis hat meine Frau mit meiner Wälfen entziffen, eine Mörderhand, das Werkzeug des wahnsinnigsten Fanatismus, der die Vernichtung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung sich zum Ziele setzt, die sich wider die edelste der Frauen erhoben und in blindem ziellosen Hass das Herz getroffen, das keinen Haß gekannt und nur für das Gute geschlagen hat. Mitten in dem grenzenlosen Schmerze, der mich und mein Haus erfasst hat, angeführt der unerhörten That, die die ganze gestiftete Welt in Schauer versetzt, bringt zunächst die Stimme meiner geliebten Wälfen lindernd zu meinem Herzen. Zudem ich mich der göttlichen Sühnung, die so Schweres und Unfassbares über mich verhängt hat, in Demut beuge, muß ich der Vorkehrung Dank sagen für das hohe Gut, das mir geschehen ist: Für die Liebe und Treue der Millionen, die in der Stunde des Leidens mich und die Meinen umgibt. . . .“

Frankreich.

Eine antisemitische Mordhand. — Ein rebellierender General.

Paris, 17. September. Das letzte Wort der Merikal-antisemitischen Klopfflechter des Generalstabes ist die Anwerbung von Mordmördern mit dem Auftrag, die Gegner des Generalstabes zu morden. Das ist zur Stunde keine phantastische Vermutung mehr, sondern das Ergebnis der Untersuchung über den Mordversuch an dem Leiter des Dreyfus-Blattes: La Grande Pataille, Philibert Roger. Die verhafteten Mordbuben sind gewerbmäßige Verbrecher. Einer der Verhafteten, der den Vermittler spielte, gab sich für einen „Journalisten“ aus. Tatsächlich war er bezahlter „Angestellter“ des neulich gegründeten Blattes: L'Anti-Jude, dessen Chefredakteur Jules Guérin ist, einer der verurteilten Handlanger des antisemitischen Messias Drumont. Bezeichnenderweise hat Guérin sofort nach den ersten Verhaftungen sich aus dem Staube gemacht. Zuverlässigen Meldungen zufolge haben die Behörden bereits die nötigen Fäden in der Hand, um bis zu den Auftraggebern der gedungenen Mordbuben vorzudringen. Es fragt sich freilich, ob sie dieser elementaren Pflichterfüllung noch fähig sind. Handelt nicht die Auftraggeber als echte „Patrioten“ im Interesse des Generalstabes? Einige Gewöhne gegen die freiwillige Blindheit der Justiz bildet jedoch der Umstand, daß die festgenommenen Verbrecher vor das Schwurgericht verwiesen werden müssen, da die Roger mit Totschlägerin (und nicht, wie die Polizei anfänglich zu melden für gut fand, mit Knütteln) beigebrachten Wunden ihn für mehr als einen Monat arbeitsunfähig machen.

Es verlaute ferner, daß man bei Guérins „Angestellten“ eine Liste der zu ermordenden Personen gefunden habe. Unter anderen Opfern siehe darauf Clemenceau.

Uebrigens hat Guérin mit seiner Mordhande eigentlich nichts weiter beabsichtigt, als die tagtäglichen Mordartikel Drumonts in die That umzusetzen. Der toll gewordene Antisemitenschef fordert abwechselnd die Erschießung der Juden oder „noch besser“ deren „Aufhängung zwischen zwei Hunden und Verbrennung in mit Schwefel durchdränkten Hemden“.

Schließlich sei erwähnt, daß die Ueberfallsversuche gegen Bala während des ersten Bala-Prozesses ebenfalls von Guérin veranstaltet wurden.

Die „Oberhoheit der Zivilgewalt über die Militärgevalt“, einer der Programmpunkte des Kabinetts Brisson, hat dieser Tage zum xtenmal ein großes Loch bekommen. General Metzinger, Chef des 15. Armeecorps, hat sich herausgenommen, in einem Tagesbefehl an die Truppen die Armee gegen die „schlechten Bürger“ (d. h. die Anhänger der Revision des Dreyfus-Prozesses) aufzuführen und vom „Widerstand der Armee“ zu sprechen „gegen die Angriffe derjenigen, die

auf die Desorganisation der Armee hinarbeiten, sei es zur Verfrächtigung ihres Ehrgeizes oder ihrer Geldgier.“ Ein richtiger Hez- und Verleumdungsartikel eines Drumont oder Hochfort von einem General in einem Tagesbefehl umgesetzt! Die Regierung aber wagt nicht, gegen den rebellierenden General aufzumachen, trotzdem das Gesetz auch die zahllose politische Verleumdung von Militärs verbietet, geschweige denn einen Appell an die Armee zum Widerstand gegen „schlechte Bürger“.

Zwei Demissionen. — Vom Dreyfus-Handel.

Paris, 17. September. Ueber den heutigen Ministerrat wurde folgende amtliche Note ausgegeben: Der Justizminister setzte die Thatsachen auseinander, die sich für ihn aus der von ihm vorgenommenen Prüfung der Dreyfus-Akten ergaben. Er legte dar, daß er nach dem Wortlaut des Artikels 444 der Strafprozessordnung nicht berechtigt sei, über die an ihn auf Grund des § 4 des Artikels 442 gerichteten Revisionsgesuche Beschlüsse zu fassen, bevor die durch Gesetz im Justizministerium bestehende Kommission ihre Gutachten abgegeben hat. Der Ministerrat ermächtigte hierauf den Justizminister, diese Kommission zusammenzuberufen.

Der Kriegsminister Zurlinden und der Minister der öffentlichen Arbeiten Tillaye, die den Ministerrat vor Schluß verließen, haben ihre Entlassung gegeben.

General Chauvine, bisher Kommandant der 1. Division, zum Kriegsminister, der Senator für französisch-Indien, Godin, zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt worden.

General Zurlinden richtete folgendes Schreiben an Brisson: „Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, meine Demission als Kriegsminister entgegenzunehmen. Ein gründliches Studium der Dreyfus-Akten hat mich zu sehr von der Schuld des Genannten überzeugt, als daß ich als Armeekommandant mich mit irgend einer anderen Lösung der Frage als mit der völligen Aufrechterhaltung des gefällten Urteilspruches einverstanden erklären könnte.“

Der Arbeitsminister Tillaye erklärt in dem Schreiben, worin er seine Demission giebt, er könne in keiner Weise irgendwelche Verantwortung für die Zurückverweisung der Dreyfus-Akten an die Kommission des Justizministeriums übernehmen, da man seiner Ansicht nach dadurch zu einer Revision des Prozesses verpflichtet wäre.

Die Kommission des Justizministeriums, die sich gutachtlich über den Antrag auf Revision des Dreyfus-Prozesses zu äußern hat, tritt am nächsten Mittwoch vormittag zusammen und wird dann die Prüfung des Aktenstückes in Sachen Dreyfus beginnen.

Der Staatsanwalt hat, wie die Abendblätter melden, in dem Prozeß gegen Picquart und dessen Anwalt Deblois von dem ursprünglichen vier Anklagepunkten nur einen aufrecht erhalten, wonach Picquart dem Advokaten Deblois Mitteilungen gemacht haben soll, die aus den Untersuchungsalten wegen der Eiferhazy-Angelegenheit geschöpft waren. Picquart bestreite, daß diese Mitteilungen irgendwie die nationale Verteidigung oder die äußere Sicherheit des Staates interessierten. Die Thatsache, daß er behufs seiner persönlichen Verteidigung den Rechtsanwalt konsultierte, schließe an sich jedes Vergehen aus.

Der Ministerpräsident Brisson wurde beim Verlassen des Ministerrates von einigen vor dem Elysee angeammelten Journalisten mit dem Ruf: Hoch die Revision! empfangen, andere riefen: Es lebe die Armee! Nieder mit der Revision! Die Bevölkerung nahm bisher den Beschluß des Ministerrates ruhig auf.

Aus den Reichslanden schreibt uns unser G.-Korrespondent: Die Straßburger Post veröffentlicht eine ihr von einem nahen Verwandten des derzeitigen französischen Kriegsministers Zurlinden aus Gebweiler (Oberelsaß) übermittelte Zuschrift, worin sich dieser gegen die zuerst von der Frankfurter Zeitung gebrachte Mitteilung wendet, General Zurlinden habe im vorigen Jahre antäglich eines Besuches im Elsaß gegenüber Verwandten erklärt, daß er Dreyfus für unschuldig halte. General Zurlinden sei seit 5 Jahren überhaupt nicht mehr im Elsaß gewesen und auch damals nur zwei Tage zum Besuch seiner Mutter, die heute noch im oberelsässischen Orte Bollweiler wohnt. Er habe sich über den Fall Dreyfus niemals anders ausgesprochen, als dies in jüngster Zeit als Kriegsminister geschehen.

Mehreren Blättern zufolge beabsichtige die Regierung, Dreyfus noch vor der Entscheidung des Kassationshofes zurückkommen zu lassen. Man meint, die Kommission werde ihre Arbeit in etwa 10 Tagen beendet haben.

Großbritannien.

Faschoda, ein britisch-französischer Streitfall.

Der Siegesjubel der Engländer über die Eroberung von Omdurman ist plötzlich verstummt. Eines der Kanonenboote, die vom Mahdi zu Erkundigungszwecken den Nil stromaufwärts geschickt worden waren, ist dieser Tage nach Omdurman zurückgekehrt, wo es den Engländern in die Hände fiel. Der Kommandant berichtete, daß er bei Faschoda, etwa 600 Kilometer von Chartum, von weißen Truppen angegriffen und zum Rückzuge gezwungen worden sei. Es ist nun sehr wahrscheinlich, daß diese Truppen einer französischen Expedition, der des Majors Marchand, angehören, die während der Kämpfe im nördlichen Sudan in das Gebiet des oberen Nil eingebrungen ist. Die Mutmaßung, daß es der englische Major Macdonald sei, der im September des vorigen Jahres aus Uganda gegen den Weißen Nil aufgedrungen, jedoch durch eine Meuterei seiner sudanesischen Truppen zurückgehalten worden ist, hat ebensowenig für sich wie jene, daß es abessinische Truppen seien.

Es ist leicht begreiflich, daß diese neueste Nachricht aus dem Sudan in London eine große Aufregung hervorgerufen hat. Faschoda liegt ungefähr in der Mitte zwischen Chartum und dem Viktoria Nyanza. Es war bis 1884, in welchem Jahre sich der damalige Statthalter Frank Lugard in dem Mahdi ergeben mußte, eine ägyptische Station. Da Ägypten keine förmlichen Rechte besaß, wurde die Provinz Bahr-el-Ghazal, in der Faschoda liegt, von Großbritannien in Anspruch genommen, und dieser Anspruch wurde auch in den Jahren 1890 und 1891 in den Verträgen mit Italien und Deutschland und vom Kongostaate anerkannt. Diese Verträge wurden zwar der französischen Regierung mitgeteilt, von ihr indes weder anerkannt noch angefochten. Frankreich erwarb dagegen vom Kongostaate die Gegend am oberen Ubangi, einem rechten Nebenflusse des Kongo, der in der Nähe des Albert-Nyanza entspringt. Von hier aus drangen seine Truppen in den folgenden Jahren gegen die genannte Provinz Bahr-el-Ghazal (Wazellenflusse) vor, die ihren Namen von einem linken Nebenflusse des Weißen Nil trägt. Im März 1895 erklärte darauf der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, im Unterhause, die britische Regierung würde jedes Eindringen in die Gegend des oberen Nil als eine „unfreundliche Handlung“ ansehen. Dieser Fall scheint nun eingetreten zu sein; der letzte Brief des französischen Kommissars am oberen Ubangi, Liotard, vom Januar dieses Jahres meldet den erfolgreichen Vormarsch des Majors Marchand nach dem Bahr-el-Ghazal, und die Nachricht aus Omdurman scheint den Inhalt des Briefes zu bestätigen.

Natürlich wäre es vorzuziehen, aus dem Sabelraseln der Londoner Presse, an dem sich diesmal allerdings auch sonst recht zurückhaltende Blätter beteiligen, auf eine ernsthaft kriegerische Stimmung in England zu schließen. Sicher wird es jetzt im Sudan zu keinem Kampf zwischen den englischen und französischen Truppen kommen. Die isolierte kleine Expedition Marchand, die ungefähr 500 Mann zählt, wäre auch keineswegs im Stande, es mit der Armee Kitcheners aufzunehmen, vorausgesetzt, daß sie keine Unterstützung von Seiten Abessinien erfährt. Der rasche Vormarsch Kitcheners hat vielleicht auch keinen anderen Zweck, als durch Demonstration der englischen Macht den König Menelik von einem Anschluß an Frankreich abzuschrecken. Aber daß die Situation in Afrika eine sehr gespannte ist, und daß eine kriegerische Auseinandersetzung auf die Dauer schwer zu vermeiden sein wird, wenn beide Mächte an ihren Ansprüchen festhalten, ist unleugbar.

Der Temps, das Organ des französischen Auswärtigen Amtes, hat vor einigen Tagen erklärt, daß die Nilfrage nicht länger mehr „Gegenstand eines großen Monologes“ sein kann; es ist aber leicht begreiflich, daß die Engländer die Früchte einer 16-jährigen Wirksamkeit allein einheimen wollen. Vorkünftig werden sie wohl die Rechtsfrage vorschützen, d. h. sich als Anwälte der ägyptischen Regierung aufspielen, unbeschadet darum, daß sie den Bahr-el-Ghazal seiner Zeit schon für sich reklamiert haben.

In Wahrheit handelt es sich natürlich darum, das englische Herrschaftsgebiet zu einem ununterbrochenen Streifen vom Nildelta bis zum Kap der Guten Hoffnung zu vervollständigen. Die Franzosen bieten hingegen alles auf, um einen Streifen von Westen nach Osten, vom Niger über den Ubangi und den Nil bis nach Abessinien ihrem Einfluß zu unterwerfen, ein Plan, dessen Durchführung die englischen Absichten durchkreuzen würde. Man sieht, es sind sehr ernste

Kleine Chronik.

Leipzig, 19. September.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater wird am Dienstag die Oper Hans Heiling gegeben. Herr Moers hat an Stelle des erkrankten Herrn Merkel die Rolle des Konrad übernommen. — Im Alten Theater wird morgen Gerhart Hauptmanns Wiberpelz mit Herrn William Bühler als Gast wiederholt. — Am Mittwoch geht im Neuen Theater Subermans Johannes in Scene. Die Rolle der Salome ist neu besetzt mit Fräulein Marie Lause. — Im Alten Theater wird am Mittwoch die Operette Der Opernball gegeben.

Neues Theater. (Der Waffenschmied von G. H. Forsting.) Im Waffenschmied sang am Sonnabend Herr Schelper wieder den Hans Stabinger und wirkte neben seinem trefflichen Gesangsvortrag dadurch, daß er die Rolle ohne jede Uebertreibung gab. Sein Hans Stabinger ist eine biedere Handwerkerfigur, der auch sein Amt als Viehdoktor ganz ernsthaft betreibt; aber gerade dadurch, daß Herr Schelper nicht grotesk wirken will, sondern immer keinen vollen Ernst bewahrt, erhält sein Waffenschmied die warme humoristische Färbung. Den Grafen Liebenau gab Herr Groß mit gutem Anstand. Leider klang sein Organ etwas belegt, so daß sein Vortrag weniger gut zur Geltung kam als gewöhnlich. Eine sehr lustige Figur bot Herr Greber mit seinem Ritter Wibelhof aus Schwaben. Die Mäse war vortrefflich und urkomisch; sogar den Dialekt beherrschte er recht gut. Herr Marion ist als Georg ebenso vortrefflich wie in allen ähnlichen Knappenrollen.

Eine recht niedliche Marie war Fr. Wallner, die sich, wie der vielfache Applaus bewies, in der Gunst unseres Publikums festzusetzen scheint. Ihre Stimme ist nicht groß, aber rein und angenehm klingend. Die Rolle des Schmiedeböckers hatte sie musikalisch recht brav durchgeführt; ihr Vortrag war klar und verständnisvoll. Nur an Bühnenroutine fehlt es noch ein wenig, das Spiel muß noch etwas freier, natürlicher werden. Fr. Eshofer, die die Feintraut sang, hat ebenfalls noch viel zu lernen. Wenn eine junge Dame eine verlebte alte Schachtel darstellen soll, so ist das gewiß schwierig, aber Fr. Eshofer wachte die Rolle darstellerisch gar nicht übel an. Im musikalischen Vortrag war sie allerdings noch etwas unsicher, besonders in der kleinen Arie, wo sie die Schächtigkeit der Männer auseinandersetzt. Aber das wird sich mit der Zeit auch geben.

(Don Juan von W. A. Mozart.) Die Aufführung des Don Juan am Sonntag war ungleich. Sie bot neben einzelnen guten Momenten auch matte Stellen. Die Ouvertüre z. B. wurde ziemlich lahm gespielt. Herr Schütz hat als Don Juan gefanglich Fortschritte gemacht. Das Champagnerfest war noch immer etwas überhebt — die Sänger des Don Juan sollten bedenken, daß es hier weniger auf sehr rasches Tempo als auf Temperament ankommt — aber es gelang doch weit klarer als früher. Leider bleibt Herr Schütz dem Don Juan darstellerisch noch ziemlich viel schuldig. Als Leporello war Herr Greber ebenfalls besser als das letzte Mal. Seitdem sich Herr Greber mehr zusammennimmt und seine starken Uebertreibungen am unrechten Platz beseitigt, gewinnen sein Vortrag und seine Darstellung in jeder Beziehung. Dieses Waghaltens hatte sich unlängst schon bei seinem Bedenker reichlich gelohnt und kam auch gestern seinem Leporello sehr zu gute. Die Registerarie sollte allerdings musikalisch noch feiner ausgearbeitet werden. Daß der Don Oktavo nunmehr mit Herrn Moers besetzt ist, wird den Freunden Mozartscher Musik willkommen sein; denn Herr Moers besitzt die Fähigkeit, die beiden wundervollen Arien wirklich schön und edel vorzutragen. Nur sollte Herr Moers ein wenig genauer auf das Tempo achten, d. h. dem Taktmaß des Dirigenten etwas mehr Aufmerksamkeit schenken. Herr Ulrich sang den Komtur und Herr Melbel den Masetto.

Mit der Donna Anna fand sich Fr. Eibenschütz diesmal ziemlich gut ab. Auch die sehr schwere fogenannte Briezarie — sie wurde diesmal, um eine Verwandlung zu erlangen, ohne Brief auf dem Kirchhof gesungen, was ganz gut geht — gelang ihr vollkommen. Die Recitative sang sie recht klar. Es fehlt nur immer noch an der eigentlichen freien Bewegung, und zwar nicht nur im Spiel, sondern auch im Vortrag. Es ist, als ob sich Fr. Eibenschütz scheute, die Gegensätze scharf hervorzuheben; dadurch erhält ihr Vortrag eine gewisse Eintönigkeit. Die Nacharie war am lebendigsten herausgearbeitet. Die Donna Elvira der Frau Baumann ist als treffliche Leistung bekannt. Eine rechte Freude bereitet uns Fr. Islar mit ihrer frischen netten und vor allen Dingen stimmbegabten und fangschnitigen Berline. Endlich haben wir wieder eine tüchtige Soubrette.

Die Gruppierung am Schluß des ersten Aktes — das auch gefanglich flatter, lebendiger gehen sollte — war mehr als lahm; es sah geradezu komisch aus, wie der Chor dem davonentenden Don Juan Platz machte. Das Schlußbild des zweiten Aktes mit

dem Einsturz war geradezu lässlich. Dagegen war die Beleuchtung der ersten Scene des ersten Aktes — vom Mond beleuchtener Park bei dunkler Vorbühne — sehr gut und stimmungsvoll.

H. M.

Altes Theater. (Der Wiberpelz von Gerhart Hauptmann.) Als der Wiberpelz vor 5 Jahren zum erstenmal im Deutschen Theater in Berlin gegeben wurde, verfuhr Publikum und Kritik recht unanft mit dem Werke. Es gab einen gelinden Durchfall. Seitdem hat sich die Stellung des Publikums und der Kritik zu der Diebeskomödie wesentlich geändert. Sie ist ein beliebtes Stück geworden, das nicht nur in den auf „die Moderne“ eingeschworenen Kreisen viele Bewunderer gefunden hat.

Es ist schon deswegen interessant, diesen Umschwung in der öffentlichen Meinung zu konstatieren, weil gerade in dieser Diebeskomödie dem Publikum ein dramatisches Gebilde vorgeführt wird, das von den dramatischen Schulregeln härter abweicht, als die meisten anderen modernen Stücke. Von einer Handlung in hergebrachten Sinne kann kaum geredet werden. Es ist hier vielmehr der Versuch gemacht, ein Stück Leben aufs allergeringste darzustellen, unbekümmert darum, ob bei diesen frischen Gestalten aus dem vollen heraus ein halb Duzend Schulregeln unter den Tisch fallen. Daß das große Publikum nun diesem Stücke gegenüber so bereitwillig die alten Regeln vergessen gelernt hat, das liegt hauptsächlich an dem frischen fröhlichen Behagen, das über der Komödie ausgebreitet ist. Wie unsere Leser von früheren Besprechungen her wissen, steht im Mittelpunkt des Stückes die Wachsfran Wolff, eine ausgesetzte geistliche Diebin, die vom Dichter mit einer Fülle einzelner Züge ausgestattet und mit hellem Vergnügen ausgestattet ist. Sobald diese diebische Wachsfran auf der Bühne erscheint, merkt man, daß sie dem Dichter ein Lieblingskind seiner Muse ist, und daß Behagen; daß der Dichter selber an der Person gehabt hat, teilt sich unmerklich dem Publikum mit und wächst von Scene zu Scene, bis man schließlich gar der Mutter Wolff das Lob des altherbren Amtsvorstehers gönnt, der sie für eine ehrliche Haut erklärt und einen harmlosen Menschen zu gleicher Zeit einen lebensgefährlichen Kerl nennt. Alles was sich in dem Stücke in nächster Nähe der Frau Wolff aufhält, ist mit dem gleichen Behagen geschildert. Ihr verschlossener dämlicher Mann, der von der Frau immer geliebt werden muß, ihre beiden Töchter, von denen die ältere vom Alten die Langsamkeit geerbt hat, während die jüngere mehr nach der Art der Mutter gerät — all das lebt und lebt und

Probleme, die nun in Afrika auftauchen, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Sieg über die afrikanische Barbarei des Mahdismus nur die Bahn für europäische Barbarei freigemacht hat.

Die Londoner Morning Post meldet aus Kairo vom 17. d. M.: Der Sirdar Kitchener hat uneingeschränkte Vollmacht, Faschoda als ägyptisches Gebiet in Anspruch zu nehmen; wenn nötig, soll Gewalt angewendet werden, um die gegenwärtige Besatzung des Platzes zu vertreiben.

Der Pariser Figaro berichtet in seiner Montagsausgabe das Gerücht, die Mission Marchand habe Befehl erhalten, Faschoda zu verlassen. Der Befehl sei ihr durch englische Vermittelung zugestellt worden.

Südamerika.

Von der argentinischen Kammer.

Buenos-Ayres, 16. September. Die Kammer votierte der Regierung das Vertrauen und ermächtigte sie, sobald sie es für zweckmäßig erachtet, 80000 Mann zu mobilisieren. Die Ausschüsse auf friedliche Beilegung des Streites mit Chile werden indessen immer günstiger.

Internationaler Glasarbeiterkongress.

B. Berlin, 18. September.

Der 5. internationale Glasarbeiterkongress ist heute eröffnet worden. Außer den Delegierten hatten sich zahlreiche Gäste, Mitglieder der Glasarbeiterorganisation und anderer Gewerkschaften eingefunden. Der Reichstagsabgeordnete Horn-Lübtau hielt die Begrüßungsansprache.

Gewählt wurden zu Präsidenten des Kongresses Asholl (England) und Buck (Deutschland), als Schriftführer Preußler (Österreich) und Graf (Deutschland).

Darauf sprach der Sekretär des internationalen Komitees der Glasarbeiter Greenwood (Castelford). Er hob die große Wichtigkeit der Glasarbeiterorganisation im allgemeinen hervor, zumal diese ja noch sehr zurück seien, und den Wert der internationalen Kongresse im besonderen. Seit 12 Jahren versuchten die Engländer mit den skandinavischen Kollegen in Verbindung zu treten.

Preußler (Nebakteur der Sozialität) führt aus, daß die Organisation in Österreich noch sehr schwach sei, namentlich infolge des großen Notstandes der böhmischen Glasarbeiter. Rehnleitner in der Hausindustrie beschäftigte österreichische Glasarbeiter verdienten bei 16stündiger Arbeitszeit nur 1.50 Gulden.

Lambotte (Belgien) erinnert an den großen belgischen Glasarbeiterstreik, der den Führern der Bewegung 20 Jahre Zwangsarbeit eingebracht habe. In Belgien seien 4000 Glasarbeiter organisiert, zum größten Teil Refruten, die von dem Werte der Be-

harmonisiert mit der ganzen Umgebung, daß der Gedanke, daß hier Theater gespielt wird, ganz verschwinden kann.

Neben diesem Zug des Behagens und des Humors hat nun das Stück in zweiter Linie einen satirischen Zug. Wenn es schilbert, wie ein Amtsvorsteher von der Wolff an der Nase herumgeführt wird, wie er, auf der Jagd nach vermeintlich staatsgefährlichen Subjekten, die einfache Aufgabe, für die Sicherheit des Privateigentums zu sorgen, vernachlässigt — so wirft das ja bedenklich satirische Streiflichter auf die Vorbildung unserer Juristen und auf ihre Amtsführung.

Die Vorstellung, die am letzten Sonnabend im Alten Theater geboten wurde, war nun im ganzen recht gut; nicht nur verdient die Regie volles Lob, auch die Darsteller fanden sich mit ihren Rollen durchweg in einer Weise ab, wie das bei uns nicht oft vorkommt.

Es ging durch die ganze Darstellung der Zug, der auch dem Stücke Freunde geworden hat, der Zug kräftigen Behagens. In erster Linie ist Herr Ernst Müller zu nennen, für den eine Gestalt wie die des alten bäuerlichen Fischers Wolff wie geschaffen ist. Das stumpfe Phlegma dieses immer geschobenen Helden, der im übrigen genau so wenig moralische Strupel kennt, wie seine Frau, konnte kaum besser verkörpert werden.

wegung noch nicht recht durchdrungen seien. Von dem Kongresse erhoffe er aber die allerbesten Anregungen. (Lambotte ist belgisches Parlamentsmitglied.)

Böckel (ein jetzt in England lebender sächsischer Glasarbeiter, der unter dem Sozialistengesetz ausgewiesen worden ist) sprach als Kosmopolit. Er erinnerte an die Zeit des Sozialistengesetzes, dem auch die Glasarbeiterorganisation zum Opfer gefallen sei. Auch er habe das Vaterland verlassen müssen, sei aber bestrebt gewesen, seine Ideen im Ausland zu verbreiten.

Auf Vorschlag Horns sprach der Kongress allen in Lohnkämpfen stehenden Fachgenossen seine Sympathie aus.

Die Prüfung der Mandate wurde den einzelnen Nationen überlassen. Eine Kommission wurde mit der Ausarbeitung der Geschäftsordnung betraut. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Montag früh vertagt.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der Genfer Nord und — die Vergnügungssucht des Volkes, über dieses gewiß originelle Thema feilartikeln die Dresdener Nachrichten. Ereignisse vom Schlage der Genfer Blutkat, meint der bekannte Bi-Lo, forderten nicht nur zur rücksichtslosen und unerbittlichen Abwehr heraus, sondern legen den maßgebenden und führenden Kreisen der bürgerlichen Gesellschaft auch eine sorgfältige Beobachtung solcher sozialen Erscheinungen nahe, die einen günstigen Nährboden für das allmähliche Aufsteigen eines blühenden mörderischen Vernichtungstriebes à la Lucheni und Genossen abgeben.

Solche unmäßige Vergnügungen sind den Dresdener Nachrichten — auf diesen Trichter hat sie der Kölner Verein der Industriellen gebracht — zunächst die Kirnmesfeste. Aber neben den Kirnmesen tragen zahlreiche sonstige Volks- und Vereinsfeste zur Nahrung der Vergnügungssucht bei.

Also fort mit den Kirnmes- und Schützenfesten, den Sängerkrieger- und ähnlichen Vereinsfesten, damit das deutsche Volk vor jener Gefährdung bewahrt bleibe, die auf dem schiefen Weg zum Anarchismus führt.

Unsere Krieger wird es allerdings ganz eigentümlich berühren, daß ihre Festlichkeiten mit zu denen gerechnet werden, die indirekt den Anarchismus fördern. Sonst sollten ja die Kriegervereine die Hauptstützen des Patriotismus im Volke sein. Und nun ist's auch damit aus.

Die Epistel der Dresdener Nachrichten bilden übrigens ein ganz schönes Seitenstück zu der Busspredigt der Leipziger Zeitung, die diese ebenfalls aus Anlaß des Genfer Wortes den besitzenden Klassen gehalten hat, indem diese zur „sittlichen Erneuerung“ aufgefordert werden, weil sie die staatliche Autorität nur insofern noch gelten lassen, als sie ihnen „Schutz in ihrem Wohlleben gewährt“.

Jedenfalls begrüßt dem Zeitartikler der Dresdener Nachrichten das Verdienst, auf einen neuen Herd für die Gefahr des Anarchismus hingewiesen zu haben. Vielleicht erleben wir demnächst, daß die Dresdener Nachrichten auch gegen das Sedanfest vorgehen, das die besitzenden Klassen gegen zu einem Volksfest gestalten möchten, ohne den Arbeitern den durch das Fest entbehrenden Lohnausfall zu garantieren.

Das Koalitionsrecht und das Dresdener Journal.

Das Amtsblatt der sächsischen Regierung bemüht sich in einem Artikel: Anarchismus und Sozialdemokratie wieder einmal krausphast, den Zusammenhang zwischen diesen beiden Richtungen nachzuweisen. Die Sozialdemokratie nähre den Anarchismus. Deshalb begrüße auch die gesamte patriotische Bevölkerung mit großer Vergnügung das Telegramm der drei wichtigsten Vereinigungen der Industriellen an den Kaiser, in dem diese sich mit dem Kaiser in dem Gefühl der Pflicht einig fühlen, „dem Anarchismus und den zu diesem führenden Bestrebungen mit allen Mitteln strengster Gesetzgebung entgegenzutreten“.

Die Segnung des Organs der sächsischen Regierung nach Umsturz- und Knebelgesetzen gegen die Arbeiter ist, wie wir auch vor einigen Tagen nachgewiesen haben, über alle Maßen groß.

r. Für die Einführung der Prügelstrafe tritt mit den Hamburger Nachrichten aus Anlaß des Genfer Wortes auch das amtliche Organ der sächsischen Regierung, das Dresdener Journal ein. Die Zeit und Gelegenheit sei nie so günstig gewesen, als wie jetzt, wo „die breite Bevölkerung tiefer als sonst die Thorheit der Humanitätsduselei unserer Strafvollzugs-

pflege“ empfinde. Eine außerordentliche Niederträchtigkeit leistet sich das Blatt aber, wenn es unter Begunahme auf die Untthat in Genf schreibt: „Die Zeit, wo unsere Polizei gegenüber der zunehmenden Verrohung des Großstadtpöbels und besonders des Proletariats (?) der Vororte und Vorstadtgemeinden einfach abtaufen wird, ist keinesfalls so fern, wie man glaubt.“ Nur das Militär — heißt es dann weiter — sei zur Zeit noch im Stande, dagegen Schutz zu gewähren und die Ohnmacht der Polizei zu verhindern.

Schrecklich! Demnach scheint der Anfang vom Ende gekommen zu sein.

Dr. Eden, 17. September. König Albert hat den Landgerichtspräsidenten Dr. Müller und den Oberbürgermeister Dr. Dietrich in Plauen zu Mitgliedern der Disziplinarkammer auf die Zeit von fünf Jahren ernannt und dem Erstgenannten auch den Vorsitz bei diesem Disziplinargericht übertragen.

Der Geheimrat Dr. Karl Gustav Adernann wurde aus Anlaß seines 50jährigen Amtsjubiläums zum Geheimen Rat ernannt.

Die hiesige Glasverinnung beschloß die Zinnung als freie Zinnung weiter bestehen zu lassen, unbeschadet des Verlustes der Vorrechte aus den Paragraphen 100a und 100f.

Schon wieder wurde vom hiesigen Landgericht ein Maurer, der am Pirnaer Mauerstreik beteiligt gewesen ist, wegen Wägung, Bedrohung und Belästigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Arbeiter hatte einen Arbeitswillingen Streikbrecher genannt und außerdem geküffert, er werde ihm die Fingerndgel abbrechen, wenn er später wieder mit ihm arbeiten würde.

Ein Bauunternehmer, der die hiesige Ortstasse um 134 Mk. 40 Pf. betrog, indem er die den Arbeitern abgezogenen Beiträge nicht ablieferte, und außerdem Wechsel fälschte, wurde vom hiesigen Landgericht zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Mann lebte als respektabler Bauunternehmer herrlich und in Freuden.

Eine wahre Fundgrube für Altertumsfreunde bietet die Schloßstraße in Dresden, in der bei dem 6 Meter tiefgehenden Schleusenbau Ueberreste von Pfahlbauten zu Tage gefördert werden. Diese Bauten sind ungefähr 1500 Jahre alt, es hat sich dort zwischen den Häusern Nr. 24 bis 28 ein See befunden, in dem die alten Sachsen-Wenden zur Zeit, als auf der Flur der jetzigen Stadt Dresden noch ein großer Wald war, ihre Pfahlbauten errichtet hatten.

Regau, 17. September. Der als Registrator bei der hiesigen Stadtverwaltung angestellte Karl Emil Voos ist diesen Tage wegen begangener Unterschlagung von Geldern aus den ihm anvertrauten Nebenkassen verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt worden.

Geringswalde, 17. September. Die Kellnerin eines hiesigen Gasthofes mußte kürzlich als sehr schwer geschlechtskrank ins hiesige Spital übergeführt werden. Wie sich nun herausstellt, sind verschiedene „bessere“ Männer infolge der Krankheit jener Kellnerin auch in Mitleidenhaft gezogen worden, indem einige ebenfalls schwer erkrankt sind, was selbstverständlich neben dem Weiden eheliche Bivestigkeiten zur Folge hatte. Die Bürgerliche Volkstimme macht darauf aufmerksam, daß es sich hier um lauter thätige Ordnungsmäßigen handelt die für die Heiligkeit der „Ehe“ eintreten und den Sozialdemokraten den Vorwurf der „freien Liebe“ machen.

ee. Werdau, 18. September. Welche Bildung mitunter die Gemeindevorstände besitzen, geht aus einer „Bekanntmachung“ hervor, die dieser Tage in einem nicht weit von hier gelegenen Dorfe auf einer Tafel an einem Wege angebracht wurde. Sie lautet wörtlich: „Das Begehen dieses Steiges ist verboten, zu wiederholtenmalen werden §§ 3008 nach des Reichs St. Ob. bestraft.“

Chemnitz, 17. September. Für Heizer, Maschinisten, Werkführer etc. veranstaltet die Gewerbeinspektion Chemnitz auch in diesem Jahre wieder 12 Vorträge über Einrichtung und Betrieb von Dampfesselanlagen unter besonderer Berücksichtigung der rauchfreien Verbrennung. Die Vorträge haben unter den Chemnitzer Arbeitern viel Anklang gefunden.

Plauen, 17. September. Der Bogländische Anzeiger berichtet: „Auf den Zugangswegen zur Stadt wurde heute vormittag von Post- und Polizeibeamten eine Revision der Botenfuhrleute nach verschlossenen Briefen und Zeitungen politischer Inhalts vorgenommen. Nach dem Geheiß über das Postwesen vom Jahre 1871 ist bekanntlich die Beförderung solcher Briefe und Zeitungen gegen Bezahlung von Orten, die eine Postanstalt haben, nach anderen Orten mit einer Postanstalt auf andere Weise als durch die Post selbst verboten. Daß diese Revisionen, die von Zeit zu Zeit abgehalten werden, von großem Werte sind, möchten wir bezweifeln.“ Das meinen wir auch!

Schnau i. B., 17. September. Die von der I. I. Finanzwache erschossene 54jährige Witwe Theresia Bösch vor hier soll, wie die Numb. Jtg. behauptet, als gewerkschaftliche Schwärzerin in der Umgebung bekannt gewesen sein. Der betreffende Finanzaufseher, der instruktionsgemäß gehandelt hat da die Pascher, gegen 20 an der Zahl, Männer und Frauen, auf erfolgten Anruf nicht stehen blieben, hatte kein Ziel, weil die Pascher schon im Walde verschwunden waren. Erst bei Tagesanbruch entdeckte man die Leiche. Die Kugel war in den Rücken eingedrungen und hatte sofort tödlich gewirkt. Die Getroffene lag auf dem Gesicht, auf einem mit Waren angefüllten Handkorb und hatte ein Paket an einem Tuch um den Leib gebunden.

Falkenstein, 17. September. Eine Textilarbeiterversammlung, in der über Arbeitslöhne und Lebenshaltung in der Textilindustrie gesprochen werden sollte, ist polizeilich verboten worden. Aber warum?

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Rangierbahnhof Kappel bei Chemnitz entgleiste Freitag nachmittag der Schlusswagen des von Dresden gekommenen Güterzugs aus noch unauferklärter Ursache. Dadurch wurde zwar das Hauptgleis der Dresden-Chemnitz-Reichenbacher Hauptlinie auf einige Zeit gesperrt, doch fand eine Unterbrechung des Verkehrs nicht statt. — Nach einer aus Prag in Chemnitz eingelaufenen Meldung hat man dort den Mörder der kleinen Sonntag festgenommen. Der Verhaftete, der beschäftigungslose Kellner Joseph Jozel aus Wien, der sich längere Zeit im deutschen Reich herumgetrieben hat, verlor bei der direkten Beschuldigung, die der Untersuchungsrichter auf Grund einer genauen Personalbeschreibung gegen ihn erhob, die Fassung, wurde blaß und gab unklare Antworten. Das ermordete Kind war bekanntlich am 9. April 1897 im Reifswalde in Begleitung zweier Männer gesehen worden, deren einer jener Jozel sein dürfte. — Eine Gasexplosion, hervorgerufen durch unvorsichtigen Umgang mit Licht, zerstörte in Hohenstein-Ernstthal einen an der

Dresdener Straße gelegenen Verkaufsladen und beschädigte infolge des entzündeten Brandes das Haus nicht unbedeutend. Ein Mädchen und der an dem Unfall schuldige Lehrling wurden durch Brandwunden verletzt. — Infolge des Genusses von Pilzen erkrankten in Königstein die Gattin und drei Kinder eines Fleischermeisters derartig, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Die sofort anhängenden Gegenmittel beseitigten baldigt die erste Gefahr. — In Königstein geht man mit dem Plane um, ein Pädagogium zu errichten. Das Lehrziel der Anstalt soll sein, die Schüler für mittlere und obere Klassen des Gymnasiums, des Realgymnasiums u. sowie für die Einjährig-Freiwilligen-Prüfung vorzubereiten.

Gera, 15. Sept. Genosse Leven hatte vor einigen Wochen von der Polizei-Inspektion die Aufforderung erhalten, die Staatsangehörigkeit der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins für Gera nachzuweisen, da nur reusische Staatsangehörige dem Verein angehören dürften. Leven lehnte es ab, diesem Verlangen, das vom Ministerium des Innern ausging, nachzukommen. Jetzt ist ihm von der Polizei mitgeteilt worden, daß von dem Verlangen des Nachweises der Staatsangehörigkeit der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Abstand genommen sei und die Sache sich erledigt habe. Da hat also die Sozialdemokratie größere Befestigung bewiesen als die Behörde, die die Oberaufsicht über die Ausführung der Gesetze führt.

G. Halle a. S., 18. Sept. Eine Parteikonferenz des Regierungsbezirks Merseburg fand heute hier statt. Es waren 19 Delegierte aus 7 Reichstagswahlkreisen vertreten. Die Organisation und Agitation wurde einheitlich geregelt. Desgleichen wurden bezüglich der Verbreitung des Volksblattes Beschlüsse gefaßt. Zur bevorstehenden Landtagswahl wurde keine Stellung genommen, da die einzelnen Wahlkreise schon je nach Lage der Sache die Beteiligung an der Wahl beschlossen bzw. abgelehnt haben.

Halberstadt, 15. September. In Vadersleben hat der Vorstand des Landwehrvereins auf Anregung des Vereinshauptmanns seine beschlossenen, fünf Vereinsmitglieder den Auftrag zu erteilen, diejenigen Mitglieder, deren Gesinnungen nicht klar zu Tage liegen, im geheimen zu überwachen, besonderes Augenmerk auf deren Umgang, auf das, was sie für Blätter u. lesen, zu haben und ihre Gesinnungen auszuschnüffeln. Das ist der beste Weg, aus Kriegern Kriecher zu machen. Aber unter Kameraden ist das ganz egal!

Aus der Partei.

Zum Stuttgarter Parteitag. Die Tagesordnung des Parteitages ist von der Parteileitung revidiert und nunmehr in folgender Weise festgestellt worden:

1. Konstituierung des Parteitages. Wahl des Bureaus. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 - a) Allgemeines — Agitation.
 - b) Reichstagswahlen.
 - c) Presse.
 - d) Massenbericht.
 Berichterstatter: J. Kuer und M. Gerisch.
3. Bericht der Kontrollenreue. Berichterstatter: S. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: C. Wurm.
5. Das Koalitionsrecht. Berichterstatter: R. Fischer.
6. Die Maifeier 1899. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
7. Die deutsche Zoll- und Handelspolitik. Berichterstatter: M. Schippel.
8. Anträge zum Programm und zur Organisation.
9. Sonstige Anträge.

Leipzig, 17. September. Das Reichsgericht verwarf die Revision, die Genosse Stadthagen gegen ein Urteil des Leipziger Landgerichts eingelegt hatte, das ihn wegen Verleumdung von Landräten, Richtern, Staatsanwälten, Offizieren und Unteroffizieren, sowie des verstorbenen Brausewetter zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt hatte.

D. Ludwigshafen a. Rh., 17. September. In der bürgerlichen Presse wird zur Zeit viel von einer „Spaltung innerhalb der pfälzischen Sozialdemokratie“ geredet. Bei näherem Zusehen stellt sich heraus, daß da aus einer Müde ein Elefant gemacht worden ist. Die Genossen in Kaiserslautern, die mit Recht stolz sind auf ihre Erfolge bei der Reichstagswahl, fühlen sich, was die Presse anlangt, vernachlässigt und fordern entweder, daß die Pfälzische Post, die die meisten Leser in und um Ludwigshafen hat, von Ludwigshafen nach Kaiserslautern verlegt oder ein Kopfblatt geschaffen werden solle. Auf dem Frankenthaler Parteitag sind diese Anträge abgelehnt worden, da es für nicht angängig gehalten wurde, für 190 Abonnenten in Kaiserslautern ein besonderes Blatt zu gründen und Geld zu verschwenden. Die Ablehnung der Anträge verstimmt schon die Delegierten von Kaiserslautern auf dem Parteitag, und diese Verstimmung kam auch am vergangenen Montag in einer Parteiversammlung in Kaiserslautern zu Worte. Diese Verstimmung wird aber zweifellos vorübergehen; denn die Genossen in Kaiserslautern werden schon von selber einsehen, daß ihre Anträge nur zum Schaden der Partei in der Pfalz durchgeführt werden könnten.

Wegen Gotteslästerung wurde Genosse P. Jahn (Berlin) von der Strafkammer in Frankfurt a. D. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Soziale Rundschau.

Berlin, 18. September. Ein Streit der städtischen Kanalarbeiter steht bevor. Sie haben am 1. September ihre vorgefetzte Behörde vor das Einigungsamt des Gewerbegerichts geladen, um über eine Reihe freier Punkte zu verhandeln. Darauf ist bis jetzt keine Antwort eingelaufen, und die Stimmung der Arbeiter wird noch gereizter dadurch, daß sie von der Verwaltung gehindert werden, in Versammlungen über ihre Angelegenheiten zu verhandeln.

In Spandau sind die von den Bauarbeitern angebahnten Vergleichsverhandlungen wiederum an der Starrköpfigkeit der

Unternehmer gescheitert. Die Unternehmer lehnten jede Verhandlung ab, da der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt sei.

Zu der Brandstiftungsaffäre läßt sich die bürgerliche Presse berichten, daß der Streikbrecher Karl Engel ausgefagt habe, er hätte das Feuer angelegt aus Haß gegen die fremden — Streikbrecher. Dünner kann schon nicht gelogen werden. Uebrigens soll Engel geistig nicht normal sein. Sein Vater ist Maurerpolier und arbeitet nach wie vor bei einem Maurermeister in Spandau.

W. Königsblütte, 17. September. Immer glänzender gehen die Geschäfte der hiesigen Hütte. Der Nettogewinn für das Geschäftsjahr 1897/98 beträgt 4010499 Mark. Die Dividende wird 18 1/2 Prozent betragen. Die Höhe dieser Dividende ist um so erstaunlicher, als seit Jahr und Tag Hunderttausende in Erweiterungsarbeiten und Landkäufen angelegt wurden. Die Aussicht für die Zukunft ist äußerst günstig; am Schlusse des Geschäftsjahres lagen für 15 Millionen Mark Bestellungen vor.

Paris, 17. September. Der Streit der Erdarbeiter hat binnen drei Tagen sich fast auf sämtliche Arbeitsstellen in Paris und in mehreren Orten der Bananreise erstreckt. Man schätzt die Zahl der Streikenden auf etwa 18000 Mann. Die Erdarbeiter auf der Weltausstellung und namentlich am Boulevard für die Weltausstellung unentbehrlichen Stadtbahn sind nahezu vollständig eingestellt. Nur die Maurergerichten und die Karrenzieher sind bisher dem Streit ferngeblieben. Die Arbeiter fordern die Durchführung des vom Pariser Gemeinderat 1882 beschlossenen Lohnarvise, 60 Centimes für die eigentlichen Erdarbeiter und 75 Centimes pro Stunde für die unterirdischen Arbeiter, während die Unternehmer ihnen einen Stundenlohn von 50 Centimes aufgedrängt haben. Bei der Dringlichkeit der Arbeiten dürfte der Kampf, falls die Streikenden in der bisherigen Zahl zusammenhalten, erfolgreich enden.

Einige Unternehmer haben bereits die Forderung bewilligt. Aber die Streikenden haben in zwei großen, in der Streikhalle der Arbeitsbörse abgehaltenen Versammlungen einstimmig beschlossen, den Kampf fortzusetzen, bis sämtliche Unternehmer kapituliert haben. Zugleich sind Unterhandlungen mit der Bauarbeiter-Gewerkschaft im Gange, um die Arbeitsverhältnisse der ganzen Baubranche hervorzuheben. Die mit der Niederreißung des Magas-Gefängnisses beschäftigten Arbeiter haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

Der Streit verläuft bisher ruhig. Die Polizei hat nur wenige Verhaftungen — wie stets, wegen der famosen „Verletzung der Arbeitsfreiheit“ — vornehmen können, von denen aber eine einzige aufrecht erhalten wurde.

Die Lohnbewegung hat großen Anklang bei der Arbeiterschaft gefunden. Der sozialistische Gemeinderat von Kremlin-Bicêtre (bei Paris) hat eine Streikunterstützung votiert. In Autenil (bei Paris) sammeln sogar die kleinen Ladenbesitzer zu Gunsten der Streikenden. An den Streikversammlungen in der Arbeitsbörse beteiligen sich als Redner neben den Vorstandsmitgliedern der Erdarbeiter-Gewerkschaft mehrere sozialistische Abgeordnete.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 17. September.

Die Gelsowiese des Leipziger Tageblattes als Operationsfeld. Die Rechtsanwältin Krause und Wieses hatten als Prozessbevollmächtigte gegen den Inhaber des Bureaus Vigilanz, den 40 Jahre alten Kaufmann Friedrich Moritz Wagner aus Radebeul, für eine Forderung von 360 Mark die Zwangsvollstreckung durchzuführen. Von W. war aber nichts zu erlangen und so wurde W. am 22. Februar d. J. für den 7. März zur Leistung des Offenbarungseides geladen. W. ist den beiden Anwälten nicht besonders grün, weil sie ihn wegen seiner Winkelwustentherapie öfters scharf auf die Finger gesehen haben. Seinem Groll machte nun W. dadurch Luft, daß er am 6. März, einen Tag vor dem Termin zur Leistung des Offenbarungseides, auf der Gelsowiese des Leipziger Tageblattes folgendes Inserat veröffentlichte:

Artese und Mausel!

Artese: Sag mal, lieber Mausel, wie's gekommen ist, daß Du bist nicht mit reingefallen in die Wette beim Karfunkelstein?
Mausel: Wie heißt reingefallen, hab' ich mir doch ericht überm Karfunkelstein geholt genaue Auskunft im Bureau Vigilanz, Grimsmaische Straße 26.

Dieses Inserat ist mehreremal im Tageblatt und auch in auswärtigen Blättern veröffentlicht worden. Rechtsanwältin Wieses stellte deshalb wegen Verleumdung gegen Wagner Straf-antrag. Die Staatsanwaltschaft nahm die Verfolgung der Sache im öffentlichen Interesse in die Hand. Am 16. Juli wurde darauf Wagner vom Schöffengericht mit Rücksicht auf seine mehrfach erfolgten Bestrafungen wegen Verleumdung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Den beiden Anwälten wurde außerdem die Publikationsbefugnis zuerkannt. Wegen dieses Urteils hatte W. Berufung eingelegt. Vor der 5. Strafkammer bestritt er die Absicht der Verleumdung. Er habe lediglich Neckamezwecke mit dem Inserat verfolgt, und die humoristische Form gewählt, weil derartige Inserate besser gelesen würden. Das Landgericht verwarf kostenpflichtig die Berufung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. September.

Zur Beachtung für die Gewerkschaften und Arbeitervereine! Die Redaktion des Leipziger Adreßbuches ist infolge eines von der Oberpostdirektion gestellten Eruchens bereit, in dem ersten Teile des Buches im Einwohnerverzeichnis jeden Verein u. nach seinem Namen mit Angabe des Sitzes und Vorstandes anzuführen, wenn ihr die dazu erforderlichen Unterlagen recht bald mitgeteilt werden. Im Interesse aller Vereine Leipzigs und der Vororte liegt es, zu der sehr wünschenswerten Vervollständigung des Leipziger Adreßbuches die Hand zu bieten, und wir können daher nur dringend empfehlen, die nötigen Mitteilungen recht bald an die Redaktion des Buches (Alexander Edelmann, Dörrienstraße) gelangen zu lassen.

Eine Verherrlichung des Krieges aus Anlaß des Friedensmanifestes des Jaren finden wir in der Leipziger Zig., dem Organ der sächsischen Regierung. Der Klang der Friedensschalmei des Jaren, so heißt es in diesem Artikel, sei in die Sedanfestrede als ein „strebender Ton“ gefallen; das „ganze patriotische Empfinden“ habe sich gegen den Abrüstungsplan „aufgehoben“, es sei einfach nicht wahr, daß der Krieg ein Mörder der Kultur; manchem Geschlecht gerichte es

zum Segen, wenn ihm das Schicksal einen großen und gerechten Krieg sende, und dann wird aus der Viel bis auf Heinrich Treitschke in zahlreichen Citaten der Nachweise versucht, eine wie herrliche Einrichtung doch ein Krieg ist; so gäbe es keinen sicheren und zuverlässigeren Führer zum demütigen Gottvertrauen, zu völliger Hingabe in des Höchsten Willen, als den Krieg.

Dieser Verherrlichung der Kriegsjure sei nur die nachstehende Notiz der Frankfurter Zig. gegenübergestellt: Seit der Beendigung des spanisch-amerikanischen Krieges ist die sächsische Zellstoff-Industrie so gut beschäftigt, daß einzelne Fabriken bereits umfangreiche Abschlässe für das nächste Jahr machen konnten. Auch in der Wirkerei macht sich neuerdings eine günstigere Konjunktur bemerkbar; die Eisen- und Maschinenbau-Industrie arbeitet zum Teil noch immer mit Ueberstunden. Auch die Möbel-Industrie hat wieder besseren Geschäftsgang als vor Wochen. Auf die noch rege Vantthätigkeit und den größeren Bedarf der Holzverbrauchenden Industrien ist es zurückzuführen, daß auch der Holzhandel in Sachsen sich gegenwärtig besserer Verhältnisse erfreut.

Für wen die Verendung in Strafkolonien herbeigeführt wird, das verüß die Leipziger Zeitung in der ihr eigenständlichen cynisch-offenen Weise. Die königliche Leipziger Zeitung bedauert aus tiefster, daß der Juristentag die Einführung der Deportation abgelehnt hat. „Mag auch vieles — so sagt das Wort wirklich — auf den ersten Anblick gegen dieses Strafmittel sprechen, seine große Kostspieligkeit, die Verschärdung unserer Kolonien, das Klima derselben, die Gründe, die der Herr Oberreichsanwalt in seiner Schlußbemerkung („werdet erst gewerbsmäßige Verbrecher, dann werdet ihr auf Staatskosten hingerichtet“) zusammenfassete, so hätte sich doch wohl noch darüber sprechen lassen, ob alle diese Schwierigkeiten und die von anderen Staaten bei Anwendung des Deportationssystems begangenen Fehler sich zum Teil nicht vermeiden ließen, namentlich wenn man das Strafmittel der Verschärdung nur auf gewisse Verbrecherkategorien beschränkt. Wie ansprechend wäre z. B. der Gedanke, gewissen Staatsbegünstigten, die sich in unsere soziale Ordnung durchaus nicht fügen können, nebst ihren Angehörigen auf einsamer Insel Gelegenheit zur Verwirklichung ihrer sozialpolitischen Träume zu geben!“

Und noch ein drittes Bekenntnis der schönen Seele, die in der königlichen Leipziger Zeitung ihr Wesen treibt, sei registriert:

Moritz Busch, dessen Tatgefühl es gestattete, unmittelbar nach dem Tode des Fürsten Bismarck dessen Entlassungsgeßuch zu veröffentlichen, läßt jetzt im Pariser Matin „Denkwürdigkeiten Bismarcks“ erscheinen. Der Matin selbst bemerkt dazu, die Veröffentlichung werde allen Feinden Bismarcks eine Genugthuung sein. So ist es immer gewesen, schon seit den Zeiten des seligen Windler. Mit seinen literarischen Handlangern hat der große Kanzler niemals Glück gehabt, weder mit seinen Journalisten noch mit seinen sonstigen literarischen Kammerdienern. Das hat er mit den meisten großen Männern gemein und thut seiner Größe keinen Eintrag. Je größer der Mann, desto kleiner „seine Leute“.

Um „groß“ zu sein und sich die Zufriedenheit der Leipziger Zeitung zu erwerben, hätte Büschchen seine historischen Aufzeichnungen über Bismarck aufs ärgste fälschen müssen.

Vom Leipziger Hebergabehnhof wird dem Bedruck, dem Organ der deutschen Eisenbahner, folgendes geschrieben:

Ja, wahrhaftig, auch unsere Dienststelle muß einmal ins Album, es geht nicht anders. Was hier allgemein entristet, ist, daß die Ruhepausen des Personals so total „verrungenkelt“ werden. Da werden keine Sonntage, keine hohen Festtage, nicht einmal der höchste Feiertag der frommen, gläubigen Christenwelt, der Karfreitag geschont.

In ihrer Sonntagruhezzeit mußten z. B. Hilfswechselstellen in die Anlagen und Plätze des Verwaltungsgebäudes Erde und Dinger fahren und bergleichen Arbeiten mehr verrichten. Auch herrscht hier die Unsitte, daß die Rangierer entweder vor oder nach ihrem Rangierdienst Kohlen für das Heizhaus entladen müssen. Man sollte doch meinen, daß bei ihrem zehn- bis zwölfstündigen Dienst die Rangierer auch ohne diese Extrazugabe auskämen. Dann heißt es, daß neuentretende Arbeiter ordentlich unterrichtet werden sollen. So muß man nun fragen, wieso z. B. ein Reuling dadurch ein tüchtiger Rangierer werden soll, wenn er am Montag beim Rangieren ist, Dienstag ist er Bettelankelber, Mittwoch Lampenwärter, Donnerstag Kohlenlader und so geht's in reichhaltiger Abwechslung immer lustig weiter! Die Rangiererkolonne wird aber dadurch so schwach, daß sie schließlich nur noch aus dem Schirmmeister und Rangiervormannt besteht. Da dürfte selbst die Transportoberinspektion in Dresden begreifen, daß das Wagenmaterial nicht behutsam behandelt werden kann. Deshalb richten wir an die Transportoberinspektion die Bitte, auch so nebenbei im Interesse von Leben und Gesundheit des Personals energisch darauf zu halten, daß die Rangierkolonnen stets vollständig sind und die Rangierer ein für allemal von anderen Arbeiten, so lange sie etwa als Rangierer fungieren, entbunden bleiben.

Wie die Innungsbrüder das Handwerk heben. Der Magistrat in Hof hat die Tischlerarbeiten im neuen Schulhaus in Submission vergeben und von Meistern der Malerinnung folgende Angebote erhalten: Innungsmeister Probel erklärt sich bereit, die Tischlerarbeiten für den Preis von 1200 Mk. auszuführen. Der Innungsmeister Liebe verlangt nur 800 Mk. und der Innungs-Obermeister Hofmann liefert die Arbeit um den Preis von 280 Mk. Ja, ja! Dem Handwerk muß geholfen werden und die Innungen sind die besten Instanz dazu!

Eine merkwürdige Theaterkritik. Der Musikkritiker der Leipziger Neuesten Nachrichten ist von den letzten Ereignissen hart mitgenommen. Die That Buchenits hat so starken Eindruck auf ihn gemacht, daß er sogar beim Musikkritikieren an den Anarchismus denken muß. In der Kritik einer Aufführung der neuen Oper A Basso Porto schreibt Professor Martin Krause am Sonnabend:

Man erinnere sich, wie diese Gefella die Krone Kampfbereit in die Hüften gestemmt mit häßlicher — Eiferucht (!) der Mutter entgegentritt, wie aus jedem ihrer Worte ein Hohnruf wird, sowie aus jedem Blicke Verachtung zur Mutter hinüberblitzt. Das ist ungefähr eine Atmosphäre, in welcher die Kaiserwürde a la Buchenit gedeihen können. Um die Erinnerung an dieses Schicksal noch widerwärtiger zu machen, erklingt der Name von Gefella Bruder Lugitno ganz ähnlich wie jener des seligen Anarchisten. Ich meine, es ist genug der Verherrlichung italienischer Wandtengelbräude. Sie gehören nicht in die Kunst und am allerwenigsten soll die Kunst dazu erniedrigt werden, Ungeheuern, wie diesem Scitilo Glorie zu verleihen, einem Glenden, der sicher jeder Schandthat fähig wäre, würde er uns im Leben begegnen. Wir haben der Meisterwerke genug, erfüllt von Idealen der Kunst. Gebt uns unsere Ideale zurück und verschont uns mit sogenannter „Wirklichkeit“, die nichts ist als die breite Straße der Gemeinheit.

Es fehlte bloß noch, daß Herr Krause das Neue Theater als eine Brutstätte des Anarchismus denunzierte!

Der nun zu Ende gegangenen Michaelismesse stellt das Allgemeine Deutsche Exportblatt die Censur einer guten Mittelmesse aus. „Dies auch diesmal der Messerlauf den hervortretend lebhaften Zug der vorjährigen Herbstmesse, die in der Sächsisch-Thüringischen Ausstellung einen befonderen Magnet besaß, vermissen, so war doch Kläuferschaft genügend zur Stelle. Vom Auslande beteiligten sich die nordischen Länder am Einlaufe; das übrige Ausland, namentlich Niederlande, war, wie immer zu dieser Messe, schwach vertreten.“ — Die Kleinhändler käuften vielfach Klagen über ungenügenden Umsatz. Nur in einzelnen Branchen sind die Verkäufer befriedigt.

In dem Spionageprozeß gegen den Wirt Mindorff aus Berviers, der am 26. September vor dem Reichsgericht stattfindet, sind neun Zeugen geladen.

In seinem Prostitutionsmarkte bringt das Leipziger Tageblatt ein 50 Doppelseiten großes „Reelles Heiratsgesuch“, in dem ein reicher Erbkönig für seinen 25jährigen Neffen, der aber vor seinem 28. Lebensjahre nicht heiraten will, eine junge Dame sucht, die nicht unter 16 und nicht über 20 Jahre alt sein darf. Der Neffe ist Fabrikbesitzer in einer größeren Stadt, sein Vermögen beträgt mindestens 500000 Mk., er hat sein Abiturium gemacht, ist Lieutenant d. Res. vom Garde-Dräger-Reg. Berlin, ist groß, von tadellosem Wuchs, solide, schneidig und hat ein sehr sympathisches Wesen, angenehmes Aussehen, schwarzes Haar, dunkle leuchtende Augen, ist evangel. Religion, besitzt seine Formen, tadellosen Charakter, ist aus seiner Familie, tüchtiger Geschäftsmann, besitzt außer einer gut arbeitenden Fabrik, die ihm p. a. 500000 Mk. und mehr „Verdienst“ abwirft, ein großes, neu und ganz modern eingerichtetes, mit allem Komfort ausgestattetes Wohnhaus mit anschließendem großen Garten; Fabrik, Wohnhaus, Garten werden elektrisch beleuchtet. — Das „Ideal des Neffen“ soll erstens aus guter Familie von tadellosem Ruf und Charakter und evangel. Religion sein. Die junge Dame muß sein: schön, lebenswürdig, klug, praktisch, schneidig, groß, gesund, von tadellosem Wuchs, muß ein angeborenes Liebesreizes, ruhiges, angenehmes, feines Wesen, sehr guten Charakter und Herzensbildung besitzen; dunkle oder tiefblaue Augen, dunkles schönes Haar, schöne gesunde Zähne sehr erwünscht.

Dabei hat der Neffe gar keine Ahnung von dem sauberen Plane seines Erbkonigs. Die reine Stupperei, wie sie im Buche steht! Aber die Annonce bringt bare 20 Mk. ein. Und Geld reicht nicht.

Die Volkshauswirtschaftsschule in L.-Neudorf, Mühlstraße 14, part., hat den großen Vorteil, daß der Lehrplan von tüchtigen Hausfrauen ausgearbeitet ist, die auch die Oberaufsicht führen. Ganz besonders ist das Winterhalbjahr als Schulzeit geeignet, sowohl weil es länger ist, als das Sommerhalbjahr, als auch wegen der größeren Menge von Gerichten, die es im Winter giebt. Die Mädchen lernen aber nicht nur diese gut und billig zubereiten, sie müssen auch Küchenzeiter für die Woche herstellen, die sich je nach der Einnahme des Hausvaters richten; und so lernen sie Geld und Zeit einteilen, was so dringend notwendig ist. Sie werden ferner im Waschen und Plätten, im Flicken und Wäschezuschnitten unterrichtet, wie auch in der Zimmerarbeit. Die Bedingungen sind: Vormittags-Kursus täglich (außer Sonnabend) von 8 bis 12 Uhr, Nachmittags-Kursus viermal wöchentlich (ohne Waschnnterricht) von 5 bis 9 Uhr. Jeder Kursus kostet 3 Mk., für Waschnnterricht 2 Mk. extra; die Portion der selbstzubereiteten Kost 10 Pfg. Jeden Mittwoch abend von 7 bis 9 Uhr Unterricht im Flicken und Nähen; für Fortgeschrittenen im Zuschneiden. Für Schülerinnen der Anstalt monatlich 25 Pfg. Anmeldungen werden täglich in den Vormittagsstunden 8 bis 12 Uhr in der Schule entgegen genommen.

Der nächste Lindenauer Vieh- und Krammarkt findet Mittwoch und Donnerstag den 21. und 22. September statt. Etwas Gefuche und Anfragen sind an den Marktinspektor Meusch, Marktmarkt 1, I. Obergeschoss, Zimmer 5b, zu richten. Gemäß § 2 der hiesigen Vieh- und Schlachthofordnung ist alles Schlachtvieh von diesem Marke ausgeschlossen.

Der Querschnitt einer 18 Meter breiten Leipziger Straße erregte auf der vorjährigen Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Leipzig viel Aufsehen, weil durch ihn Gelegenheit geboten wurde, einen Blick zu thun unter unser Straßensystem, also in eine Gegend, die sich in ihrer Gesamtheit der Betrachtung ganz entzieht. Glücklicherweise ist dieser Straßendurchschnitt unserer Stadt erhalten geblieben, indem ihn der Rat vom Ausstellungsplatze nach einem Schulhofe der 2. Bürgerschule (Neußere Böhrstraße 2) überführen und dort neu aufrichten ließ, wodurch unsere Stadt um ein einzig dastehendes Lehrmittel für den heimatkundlichen Unterricht unserer Schulen bereichert wurde, das wohl von allen Schulklassen viel und gern besucht werden wird. Aber auch jeder Erwachsene sollte nicht veräumen, durch einen Besuch dieses Straßendurchschnittes sich von der Reichhaltigkeit der im Straßennern vorhandenen Einrichtungen zu überzeugen; der Zutritt steht jedermann frei und wird gern gewährt.

Wegen Pflasterarbeiten und Einlegung von Straßenbahnschienen wird die Gumborfer Straße in Lindenau auf der Strecke von der Werseburger bis zur Georgstraße vom 19. d. M. ab bis zur Beendigung der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

In Eisenbahncompé geboren. In dem Berlin-Hof-Münchener Nacht-D-Zuge, der früh 1 Uhr 22 Minuten vom hiesigen Bayerischen Bahnhofe abgeht, wurde gestern zwischen Meusch und Hof eine in 2. Wagenklasse reisende Frau von ihrer Entbindung überrascht und gab einem munteren Knäblein das Leben. In Hof wurden Mutter und Kind in Pflege genommen.

Arbeiterisiko. Bei dem Anbau der Thiemischen Brauerei an der Tauchaer Straße stürzte am Sonnabend ein Arbeiter von einer Leiter herab und zog sich mehrere schwere Verletzungen zu. — In einer hiesigen Steinbrüche geriet eine Arbeiterin in die Maschine und erlitt Verletzungen am Beine. — Wegen einer schweren Verletzung des Unterleibes mußte der Schlossergeselle Robert N. dem Krankenhause zugeführt werden. Auch er war an einer Maschine verlegt worden.

Selbstmordversuch. Am Sonnabend abend hat sich im Rosenthal ein hier wohnhafter 20jähriger Mechaniker in selbstmörderischer Absicht mittels Revolvers in den Leib geschossen. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Das Motiv der That ist unbekannt.

Feuer entstand am Freitag abend in einem Seitengebäude des Geschäftsgartensstraße 4 in Entzich, wo sich der Pferde- und der Heuboden befand. Die Pferde konnten noch rechtzeitig herausgehoben werden, nur eines derselben wurde durch den Brand etwas verletzt. Das Gebäude brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Feuerwehr hatte längere Zeit zu thun, ehe der Brand gelöscht war. Jedenfalls war die mit

Petroleum gefüllte Stalllatern explodiert und hatte den Brand verursacht.

Paunsdorf. Die letzte diesjährige öffentliche Impfung findet Dienstag den 20. September 1898 nachmittags halb 4 Uhr im alten Gasthofe statt. Die Eltern und Erzieher impfpflichtiger, bisher jedoch noch nicht geimpfter Kinder werden hierdurch aufgefordert, diese zu Vermeidung der gesetzlichen Strafen im Impfstern vorzustellen oder die Bezeichnung von der Impfung durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen. — Die freiwillige Feuerwehr und die freiwillige Schutzmannschaft werden demnächst einigmal zu Übungen alarmiert werden, was zur Verhütung unnötiger Besorgnis der Einwohnerschaft zur Kenntnis gebracht wird.

Taucha. In einigen Tagen wird hier die elektrische Beleuchtungsanlage in Betrieb gesetzt. Vertragsmäßig sollte das Beleuchtungsnetz am 1. Oktober betriebsfähig sein. Tauchas Straßen werden also demnächst in elektrischem Lichte erstrahlen.

Vereine und Versammlungen.

In der öffentlichen Tischlerversammlung am 17. d. M. in der Flora sprach Kollege Meusch über die Zwangsinnung. In beifälliger ausgenommener Rede schilderte er das frühere Innungswesen, das durch das Freizügigkeitsgesetz seine Bedeutung verloren hat. Gegenwärtig hofften die Innungsmeister auf die Hebung des Handwerks durch die Zwangsinnung, wie das Volk Israel auf seinen Messias. In seinen weiteren Ausführungen empfahl Kollege Meusch die Wahl eines Geseleauschusses von 5 Mann, jedoch sei es notwendig, nur solche Kollegen zu wählen, die die Anforderungen, die die Tischler Leipzigs zu stellen haben, voll und ganz zu vertreten wissen. In seinen weiteren Ausführungen machte der Referent die Versammlung mit den Pflichten, die das Gesetz dem Geseleauschusse vorschreibt, bekannt und betont dabei, daß das Hauptaugenmerk auf Herberge und Arbeitsnachweis zu legen sei. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner dahin aus, daß die Wahl eines Geseleauschusses nicht ratsam sei, denn ein fruchtbringendes Arbeiten mit der Innung sei kaum zu erwarten, wie dies im Laufe der Jahre die Verhandlungen der Tarifkommission mit der Innung gezeigt hätten. Folgender Antrag gelangte zur Annahme: Die heute in der Flora tagende Tischlerversammlung beschließt Beteiligung an der Wahl eines Geseleauschusses, Vorschläge hierzu werden jedoch zurückgestellt, um zur gegebenen Zeit von der Tarifkommission auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Gewerkschaftliches, gelangte der Durchbruch unserer im Jahre 1896 errungenen Forderungen in einigen Werkstätten zur Kenntnis der Versammlung. Die Tarifkommission wird das weitere veranlassen, um derartige abzustellen. Zum Schluß macht Kollege Willibrod auf die am Mittwoch den 21. d. M. im Pantheon stattfindende allgemeine Holzarbeiterversammlung aufmerksam, bezäichnet Kollege Meusch auf unser am 24. d. M. stattfindendes Herbstvergnügen im Felsenfeller zu L.-Plagwitz und wird von beiden rege Beteiligung erwünscht.

Eine öffentliche Klempererversammlung tagte am 14. d. M. im Coburger Hof mit der Tagesordnung: 1. Arbeiter- und Unternehmerverbände; 2. Gewerkschaftliches. Kollege Schiemann weist in seinem Vortrage im wesentlichen darauf hin, daß jetzt, wo die Unternehmer immer mehr Verbände, Streikversicherungen etc. gründen, die Arbeiter ihre Organisation immer mehr ausbauen müssen, um dem Unternehmertum nicht zu unterliegen. Es droht uns jetzt schon wieder eine neue Beklemmung unserer Rechte, die, wenn sie Thatfache werden sollte, den Unternehmern die Mittel gäbe, uns bis zu hohem Grade herabzubrühen. Um dies zu vermeiden, muß jeder organisierte Arbeiter seine Kollegen zu bewegen suchen, mit uns Hand in Hand vorwärts zu gehen. Jeder sei Agitator für unsere gerechte Sache. Ferner verliest der Referent eine Aufstellung, aus der hervorgeht, welche kolossalen Dividenden die Unternehmer einheimen. Nach dem mit stürmischem Beifall ausgenommenen Vortrage sprachen sich noch mehrere Redner im selben Sinne wie der Referent aus. Hierauf erfolgte das Aufrufen der größeren Werkstätten, wobei sich ergab, daß die Kollegen der Firmen: Klächer, Hartung, Pfeißel, Witwe Günther, Kollof, Wör u. Co., Feucht u. Jahl nicht vertreten waren. Am Dienstag den 20. September findet eine Metallarbeiterversammlung im Pantheon statt. Es wäre zu wünschen, daß die Klemperer diese Versammlung besser als letzter beäuchten. Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß am Sonnabend den 24. September im Albertgarten Rekrutenabschied gefeiert wird.

Eine öffentliche Versammlung der Schneider von Plagwitz-Lindenau tagte am Montag den 12. September im Saale der Gesellschaftshalle. Tagesordnung: 1. Kongreß und Verbandstag. 2. Die bewilligten Forderungen der Firmen im Westen und die Angelegenheit Wlwin Krieger. Auf Antrag Diekmanns wurde der erste Punkt angefaßt des schwachen Besuches gestrichen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung sprach Kol. Weiser. Redner schilderte des längeren unsere Frühjahrsbewegung und erklärte unter anderem, daß mehrere Firmen im Westen unsere Forderungen bewilligt, aber jetzt, wegen der Laubheit der Kollegen, wieder versuchten, Abzüge zu machen. Dann kam er auf Herrn Krieger zu sprechen, der in einer Versammlung in Connewitz das Kleinmeistertum in einer Weise vertreten habe, die jede Spur der Vertretung der Parteinteressen vermissen ließ. In der Connewitzer Versammlung wurde ihm nun sein Gehaltsgehahren während des Streikes, seinen Leuten gegenüber, vorgeworfen. Als Werkstätten gefordert wurden, habe Herr Krieger seine Werkstatt aufgehoben. Redner verliest noch den Brief, den Herr Krieger während des Streikes an die Lohnkommission geschickt hatte, weil er in der Connewitzer Versammlung sowie in der Volkszeitung nicht zugeben wollte, daß der Brief gemein wäre. Redner bebauert, daß Herr Krieger, der doch sonst so ein mutiger Herr sein will, nicht einmal den Mut habe, trotzdem er brieflich eingeladen war, zu erscheinen. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner im Sinne des Referenten aus. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß Herr Krieger in der am 16. August im Gambrius zu Connewitz tagenden öffentlichen Volksversammlung das Kleinmeisterum in solcher Weise vertrat, daß man jede Spur von Parteinteressen vermissen, verurteilt die heutige Versammlung nach Entgegennahme des Referats das Gehahren des Herrn Krieger auf das entscheidende. Unter Gewerkschaftlichen wurden die Kollegen noch zu reger Arbeit sowie zum Nutzen für die nächste Frühjahrsbewegung aufgefordert.

Versammlungskalender.

- Montag: Verein Deutscher Schuhmacher. Coburger Hof, Windmühlstraße. Abends 9 Uhr.
- Berein für Naturheilkunde und Gesundheitspflege L.-Lüd (Connewitz). Restaurant Gute Quelle. Abends 1/2 9 Uhr.
- Central-Brankenasse der Schuhmacher (Sächsischer Leipzig). Coburger Hof, Windmühlstraße 11. Abends 1/2 9 Uhr. T.-D.: Berichterstattung von der Generalversammlung.
- Schneider. Flora, Windmühlstr. Abends 1/2 9 Uhr. T.-D.: 1. Vortrag des Genossen W. Wittich über: Der neue Ausb. 2. Diskussion über die Kongreß- und Verhandlungsberichte. 3. Der Arbeiterverein und die Gewerkschaften. 4. Gewerkschaftliches.
- Rosinerverein Südlich und Umgegend. Gasthaus zum Deutschen Haus in Südlich. Abends 1/2 9 Uhr. T.-D.: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenericht und Mitteilungsrede. 3. Wahl des Delegationsausschusses. 4. Wahl von 2 Ausschüßvorsitzenden sowie 3 Ersatzmännern. 5. Bericht über die weitere genossenschaftliche Unternehmung. 6. Allgemeines.
- Dienstag: Zimmerer. Gohlisch, Dufourstraße 35. Abends 8 Uhr. T.-D.: 1. Abrechnung vom Sommerfest. 2. Gewerkschaftliches. 3. Die Auslieferung der Zimmerer in Waadburg. Referent: Kamerad Bringmann-Gumburg.
- Metallearbeiter aller Branchen. Antiquen, Weißener Str. Abends 1/2 9 Uhr. T.-D.: 1. Vortrag vom Genossen Paul Schlemann über die Vertretung der Gewerkschaften im Spiegel der nichtproletarischen Klassen. 2. Bericht vom Genossen W. Wittich über: Der neue Ausb. 3. Die Vorformnisse bei Wör u. Co. in Entzich.
- Zoffer. Sächsischer Hof, Mittelstraße. Abends 8 Uhr. T.-D.: 1. Bericht der Kommission. 2. Wahl des Vorstandes zur Bilanz. 3. Gewerkschaftliches.
- Aufseher von Lindenau und Umgegend. Gohlischer Wirt, Angerstraße 41. Abends 1/2 9 Uhr. T.-D.: 1. Die Stellen für die Kollegen zu dem Eingange in der Leipziger Volkszeitung Nr. 23 vom Hauptvorstand des Reichsvereins? 2. Gewerkschaftliches.

Von Nah und Fern.

Giftmorde. Am 18. September. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung des Gutsbesizers Kistlat und dessen Dienstmädchens Hoffmann aus Swabodenen unter dem Verdacht eines vollendeten Giftmordes und zweier verführter Giftmorde. Die Schwiegermutter, die Frau und die Schwägerin des Kistlat erkrankten vor einigen Tagen nach dem Genuß von Kaffee unter Vergiftungserscheinungen. Die Schwiegermutter starb, die anderen beiden Personen sind noch schwer krank. Wahrscheinlich war in den Kaffee Arsenik gemischt worden. In der Kistlatschen Behausung fand man eine Quantität Arsenik bei der gestern abgehaltenen Hausdurchsuchung vor. An dem Verbrechen soll auch ein Sohn des Kistlat beteiligt sein, der flüchtig geworden ist.

Unter der Anklage des Mordes, begangen am eigenen Ehemanne, bzw. Vater, wurden dieser Tage die Witwe und die Tochter des vor kurzem wieder ausgegrabenen Bauers Lorenz Jakob aus Trennfurt in die Frontseite von Wschaffenburg eingeliefert. 3. hatte vor längerer Zeit schon einem Bekannten gegenüber geäußert, wenn er sterbe, möge man seine Leiche untersuchen lassen, er fürchte, daß seine Angehörigen ihn umbringen wollten. Dem mit diesem Geständnis Betrauten ging der Mund erst einige Tage nach dem Begräbnisse auf, worauf sich die Genbarmerie des Hofes annahm. Der Kopf, der an der Hinterseite eine kaffeene Wunde zeigt, befindet sich zur Zeit in Würzburg. Auffällig war seiner Zeit die Elke, mit der die Mörderinnen beim Waffner die Beerbigung anmeldeten.

Von der Bergszene.

Am Freitag vor acht Tagen unternahm zwei italienische Touristen mit zwei Führern die Uebersteigung des Montblanc von Courmayeur aus nach Chamounix. Der Marsch ging Anfangs glücklich von statten. Am Sonntag früh überschritten sie das letzte Gletscherfeld, das sie von Chamounix trennte. Die vier Männer waren am Seile. Voran schritt der eine Führer, dann folgten die beiden Touristen und den Schluß bildete der zweite Führer. Auf einmal wich dem letzteren der Schnee unter den Füßen und er stürzte in eine Gletscherpalte. Die beiden Touristen vermochten sich nicht zu halten und stürzten ihm nach. Der Führer an der Spitze warf sich zu Boden und suchte nach einem Halte, aber vergebens, das Gewicht seiner drei Genossen zog auch ihn in die Gletscherpalte. Als die vier Vermunglückten wieder zur Besinnung kamen, erkannten sie, daß die Gletscherpalte zum Glück nicht sehr tief war, nur etwa 35 Meter. Dreien der Vermunglückten half das wenig, denn sie hatten die Gletscherpalte betreten und konnten sich nicht rühren. Aber der eine Tourist, Signor Vorcherel aus Aosta, war unverletzt geblieben. Es gelang ihm, sich mit Hilfe der Haken aus der Gletscherpalte herauszuarbeiten und glücklich das Hotel Montenvert zu erreichen. Sechs Führer, ein Arzt und zahlreiche Touristen eilten zu der Unglücksstelle, die sie um 5 Uhr nachmittags erreichten. Eine Stunde später waren die drei Vermunglückten geborgen. Ihr Aufenthalt in der Gletscherpalte hatte zehn Stunden gedauert. Nur einer von ihnen, der zuerst gestürzte Führer, ist lebensgefährlich verwundet. Er hat einen Beckenbruch erlitten. Die beiden anderen erlitten minder schwere Knochenbrüche.

Im November 1895 war der Polytechniker Fremdling aus Döflereich von Büchrich nach der Innererzweiz abgereist, um eine Hochtour auszuführen; seitdem war er verschollen. Am Donnerstag nun wurde die Leiche Fremdlings am Engelberger Roisstock aufgefunden.

Auf Leichsinn und ungenügender Ausrüstung werden in einer Zuschrift an die Hoff. Ztg. die meisten Unglücksfälle im Hochgebirge auch in diesem Jahre zurückgeführt. Nur selten seien die Unfälle auf die reine Naturgewalt, ohne daß ein Verschulden der Beteiligten vorliege, zurückzuführen. Der Einsender bemerkt zum Schluß: Ich habe in der Unfallstatistik dieses Sommers 24 Fälle verzeichnet gefunden mit 27 vernichteten Menschenleben. Dazu kommen noch mehrere von mir aus dem Spiel gelassene Unfälle beim Alpinismus und Skitourismus. Von diesen 27 Toten gehört einer (!) einer Führerpartei an (Prof. Raffe), drei (Magler, Buchenbich und Norman-Neruda) einer führerlosen, gut ausgerüsteten Hochtouristenpartie, von vieren (Familie Hopkinson) weiß man nur, daß sie angefaßt einen leichten Berg bestiegen und alle vier dabei abstürzten, wofür bis jetzt jede Erklärung fehlt; alle übrigen gingen entweder allein oder ohne Seil, davon nur drei bei schweren Touren; die übrigen, also immer noch 16 vermunglückten bei Spaziergängen oder leichten Ausflüßbergen durch irgendwelche Extravaganzen!

Brände.

Budapest, 17. September. In Csenger (Komitat Szatmar) brach heute vormittag ein Feuer aus, durch welches 23 Häuser mit den Nebengebäuden eingeeäschert wurden.

Sallabald, 17. September. Ein furchtbares Feuer zerstörte die elektrische Beleuchtungsanstalt. Geschäfte und Theater sind geschlossen, da kein Licht vorhanden ist.

Telegraphische Depeschen.

Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

London, 19. September. Eine Depesche des Daily Mail aus Kairo von gestern meldet, die französische Regierung habe England gegenüber eine verständliche Haltung angenommen und erklärt, daß die Expedition Marchands keine offizielle sei (aber offiziös!). Der Sirdar werde Marchand die Gelegenheit aneinandersehen und ihm anbieten, ihn nach Kairo zu bringen. Das Blatt fügt hinzu, es habe die Bestätigung aus unabhängiger Quelle erhalten. Es verlaute, daß bereits ein Abkommen abgeschlossen worden sei, das sich auf die Wiederbesetzung Fachodas durch die Regypier beschränke.

Manila, 19. September. (Reutersches Bureau.) Zu Makolot trat gestern unter großer Begeisterung die Nationalversammlung der Eingeborenen zusammen. Der Führer der Aufständischen Aguinaldo wurde lebhaft begrüßt.

Briefkasten der Redaktion.

E. W. Abgelehnt, da wir Reklamenanzeigen grundsätzlich unser Blatt verschließen.
 A. Sch., Markt, Lindenau. In Düsseldorf erscheint die Wertmelzerzeitung. Abonnieren Sie bei der Post Lindenau, L. Haben Sie eine Ahnung. Wenn zwei das Gleiche thun, ist es bekanntlich nicht das Gleiche.
 G. 3. 12. Wird dann aus dem Amte entlassen.

Ankunft in Rechtsfragen.

F. S., Wäcker. Das Urteil des Oerzer Gewerbegerichtes ist endgültig, da Berufung an das Amtsgericht nur bei einem Objekt von mehr als 100 Mark zulässig ist. Warten Sie also das Urteil des Gewerbegerichtes ab; viel Hoffnung dürfen Sie sich jedenfalls nicht machen.